

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Jannusch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspresseliste Seite 411.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. — Anzeigergebühren: die jeweilige Kolonelleiste 15 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Westfälischen 30 Pf., im Westfälischen 30 Pf., im Westfälischen 30 Pf. Postfachkonto: Nr. 5256 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 54.

Magdeburg, Donnerstag den 5. März 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

## Neue Heze.

Noch ist seit der Bewilligung der Riesen-Militärborlage kein Jahr vergangen, und schon wieder gibt sich ein Teil der bürgerlichen Presse widerstandslos einer neuen Rüstungspanik hin. Die Vermehrung der Armee sollte dem deutschen Volk angeblich die Veruhigung verschaffen, daß es für alle Fälle gerüstet sei; aber, wie zu erwarten war, ist an Stelle dieser Veruhigung nur eine noch viel stärkere Beunruhigung der ganzen Welt getreten, und diese Beunruhigung wirkt nun wieder auf Deutschland zurück. Frankreich hat auf die Erhöhung der deutschen Präsenzstärke mit der Rückkehr zur zehnjährigen Dienstzeit geantwortet, und etwas später ist auch das schwerfällige Rußland in eine neue Periode der Rüstungsverstärkung eingetreten. Das gibt nun wieder der „Germania“, der „Kölnischen“ und der „Schlesischen Zeitung“ Anlaß, Alarmrufe auszusprechen über die den Weltfrieden bedrohenden Kriegs Vorbereitungen des russischen Reiches.

Mit der Miene eines Unglückspropheten verkündet der Petersburger Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“, im Herbst 1917 werde Rußland mit seinen Vorbereitungen fertig sein. „Gegen wen“, fragt er, „wird die russische Politik die Waffe, über die sie in wenigen Jahren verfügt, am ehesten zu kehren geneigt sein?“ Und er antwortet, schon der geographische Aufmarsch dieser Rüstungen weise nach der Westgrenze, also nach Deutschland. Vor 2 Jahren schenkte man sich noch, jetzt aber spreche man es offen aus, sogar in amtlichen militärischen Zeitschriften, daß Rußland zum Kriege gegen Deutschland rüste. Die Legende von der geschichtlichen deutsch-russischen Freundschaft müsse endlich zerstört werden.

Leider ist die deutsch-russische Freundschaft mehr als eine Legende: in erniedrigenden Bütteldiensten der preussischen Polizei für den russischen Zarismus hat sie sich bis in die jüngsten Tage hinein erfolgreich betätigt. Daß aber diese Liebesdienste keinen Dank gefunden haben, und daß Rußland in einer Koalition steht, die bis zu einem gewissen Grade dem Dreieck entgegengesetzt ist, ist auch keine neue Entdeckung, auf die die „Kölnische Zeitung“ besonders stolz sein könnte. Rußland ist Frankreichs Verbündeter, und wenn Deutschland seine Streitkräfte vermehrt, dann tun Frankreich und Rußland eben dasselbe. Wenn aber Deutschland, wie uns versichert, nur zu dem Zwecke rüstet, den Frieden zu schützen, warum sollen dann die russisch-französischen Gegenrüstungen nicht dasselbe Ziel verfolgen, sondern der Vorbereitung zum Weltkrieg dienen?

Von der optimistischen Auffassung, daß der Zarismus mit seiner auswärtigen Politik dem Frieden und der Menschlichkeit dienen wolle, kann niemand entfernter sein als die deutsche Sozialdemokratie. Auch in Rußland wird die auswärtige Politik von den Interessen der herrschenden Schichten diktiert, und da diese Schichten in Rußland noch viel korrupter und skrupelloser sind als anderwärts, kann man es der russischen Auslandspolitik wohl glauben, daß sie vor keinem Verbrechen zurückschreckt. Nur muß dieses Verbrechen vom Standpunkt des russischen Egoismus aus einen gesunden Sinn haben. Aber für den Zarismus gäbe es kein sinnloseres und gefährlicheres Unternehmen als einen Angriff auf Deutschland.

Rußland hat von Deutschland keine Provinzen zu erobern, denn nach einer Vermehrung der polnischen und deutschen Bevölkerungsbruchteile hat es gewiß kein Verlangen. Rußland kann durch einen Sieg über Deutschland auch keine sonstigen politischen Zugeständnisse erzwingen, denn auf dem Gebiet der Handelspolitik, dem einzigen, auf dem von einem aktuellen deutsch-russischen Gegensatz die Rede sein kann, entscheiden nicht die Kanonen, sondern ganz andre Waffen. Die unmittelbare Gefahr eines Zollkriegs, der die Industrie mit der Verdrängung vom russischen Markt, die Landwirtschaft mit der Abschneidung von ihren Arbeiterreserven bedroht, sollte den deutschen Politikern weit mehr Stoff zum Nachdenken geben als das an die Wand gemalte Säuregepenst des deutsch-russischen Krieges im Herbst 1917.

Welche Folgerungen sollen aber aus der von der „Köln. Ztg.“ gegebenen Schilderung der Lage gezogen werden, vorausgesetzt, daß diese Schilderung richtig wäre? Darüber scheinen sich die Scharfmacher in der auswärtigen Politik noch nicht ganz einig zu sein. Soll man auf die französisch-russischen Gegenrüstungen schon wieder mit neuen Rüstungen antworten? Das wollen natürlich die Wehrvereinsgeneräle, die niemals zufrieden sind, solange noch ein Mann im Deutschen Reich das Feld bestellt und Brot

bäckt, statt im Kasernenhof Gewehrgriffe zu üben. Aber noch ganz anders argumentiert die „Post“. Sie fühlt in ihrer neuesten Propaganda für den vom Zaune gebrochenen Präventivkrieg durch die Prophezeiungen der „Köln. Ztg.“ ihren Rücken gestärkt. Um den Krieg im Herbst 1917 zu vermeiden, will sie den Krieg im Frühjahr 1914. Sie schreibt zu dem Alarmartikel der „Köln. Ztg.“ halb mit ihr, halb gegen sie:

Auch die „Kölnenerin“ schildert, wie die amtlichen Stellen Rußlands ganz offensichtlich zum Kriege gegen uns rufen, der uns um so fürchterlicher treffen muß, je später er ausbricht. Inhaltlich bringt der Artikel wenig Neues. Von den unjünger unterrichtet er sich nur dadurch, daß er die Schlussfolgerungen vermeidet, die für die Praxis die Hauptsache sind. Gerade dies aber ist die Hauptsache auf dem diplomatischen Gebiete, dessen oberster Grundsatz das Handeln sein muß.

Das „Handeln“, das ist der Angriffskrieg gegen Rußland, der Frankreich laut Bündnisvertrag zum Eingreifen verpflichtet. Bisher hatte man sich einen Zukunftskrieg so vorgestellt, daß Deutschland seine Hauptkraft auf Frankreich konzentrieren und sich gegenüber Rußland möglichst in der Defensive halten müßte. Die „Post“ will gleichzeitig nach Petersburg und Paris marschieren lassen, obgleich gerade sie immer versichert, Frankreich-Rußland seien jetzt schon Deutschland-Österreich gegenüber in der Uebermacht.

An amtlichen Stellen wird erklärt, daß man dort mit dem Artikel der „Köln. Ztg.“ nichts zu tun habe. Diese weise Vorsicht ist zu begreifen und zu begrüßen. Leider haben jedoch die amtlichen Stellen ihren sehr bedeutenden Einfluß auf die bürgerliche Presse noch niemals dazu benutzt, um der unangenehmen Prophezei und Rüstungs-treiberei ein Ziel zu setzen. Herr v. Bethmann selbst hat sogar in einem der unglücklichsten Augenblicke seines Lebens die deutsche Militärvorlage mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Germanentum und Slaventum begründet. Er hat damit den Ton angegeben, der jetzt von Petersburg nach Köln hinüberhallt.

## Kardinal Ropp.

Fr. Troppau, 4. März 1914. Kardinal Dr. Georg v. Ropp ist heute nacht um 1 Uhr 35 Minuten, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Die leuchtende Laufbahn des nunmehr Verstorbenen bezeugt zugleich die überragende politische Machtstellung der katholischen Kirche im modernen Deutschland. Aus den einfachsten Verhältnissen hervorgegangen, als Sohn eines Webers in dem hannoverschen Duderstadt geboren, stieg er zu den höchsten kirchlichen Machtposten empor, welche die darin immer „demokratische“ Hierarchie zu vergeben hat — abgesehen von der Würde des Papstes selbst, die traditionell den Kardinalen romanischer Nationalität vorbehalten ist.

Kardinal Georg v. Ropp war ursprünglich gar nicht für die geistliche Laufbahn bestimmt. 1837 in Duderstadt geboren, besuchte er zwar das Gymnasium seiner Heimat, trat aber von 1856 bis 1858 in die Postfariere des hannoverschen Staates als Telegraphenbeamter ein, ehe er 1858 bis 1861 die katholische bischöfliche Lehranstalt in Hildesheim besuchte und dann ins dortige Priesterseminar eintrat. Mit der Priesterweihe, die er 1862 empfing, betritt er die hierarchische Stufenleiter, die er bis zu den höchsten Stufen emporzuklimmen sollte. Sie beginnt mit den schlichten Ämtern des Schulvikars in Henneckenrode und des Kaplans in Detfurth, führt ihn dann als Hilfsarbeiter ins Generalvikariat zu Hildesheim, bis er schließlich 1871 und 1872 zum päpstlichen Notar und Domkapitular avancierte. Hier durchlebte er die Zeit des Kulturkampfes mit seinen mannigfachen Bedrückungen des Klerus, und heller leuchtet sein Licht erst nach dessen Beendigung, als er 1881 den Bischofsstuhl von Fulda bezog. Aus jener Zeit her rühren schon die Differenzen, die das Zentrum und der spätere Kardinal immer wieder einmal gegeneinander führten.

Ropp versuchte seine Rolle bald als Vermittler zwischen der römischen Kirchenmacht und der preussischen Staatsmacht. War es politischer Weitblick, Einsicht in die kommende Konstellation, waren es die streberhaften Triebe des Emporkommings — als welche man im ultramontanen Lager dieses Beginnen oft ansah —, nur ein genauer Kenner und jahrelanger Vertrauter des Bischofs wird das heute noch genau entscheiden können. Tatsache ist es jedenfalls, daß der Fuldaer Bischof für diese seine selbstgewählte Rolle in der Zentrumspresse zunächst das schärfste Mißtrauen, bei der preussischen Regierung dagegen weitgehendes Vertrauen erntete. Sie berief ihn 1884 in den preussischen Staatsrat,

1886 auf Lebenszeit ins Herrenhaus, und ihrem Einfluß ist es zu danken, wenn der Papst oder die römische Kurie ihn 1887 unter Zurückweisung der Vorschlagsliste des Breslauer Domkapitels zum Fürstbischöflichen von Breslau ernannte. War es ihm doch schon in den beiden vorhergehenden Jahren gelungen, die schärfsten Spitzen der Kulturkampfsgeheke im Einvernehmen mit dem zurückweichenden Bismarck abzubauen oder umzubiegen. Jetzt stand Kopp im Zenit seines Ruhmes. Da ein Teil seiner Diöcese zu Oesterreich gehört, zog er auch in das österreichische Herrenhaus ein, ebenso in den Landtag von Oesterreich-Schlesien, wo er Stellvertreter des Landeshauptmanns war; sein Hof bedeckte sich mit päpstlichen, preussischen, österreichischen Orden und Ehrenzeichen ohne Zahl. 1893 endlich legte ihm der Papst den Kardinalshut auf — mehr konnte der kleine und einflußreiche Mann, der einstige Weberjahn, nicht erreichen.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 4. März 1914.

### Der Raub der Selbstverwaltung.

Seit Jahren galt das eifrige Streben der preussischen Regierung der „Kommunalisierung der Krankenkassen“, die gleichbedeutend mit der vollständigen Beseitigung der Selbstverwaltung in den Ortskrankenkassen ist.

Den letzten entscheidenden Schritt hat die preussische Regierung jetzt mit einem jenseitigen veröffentlichten, vom 18. Februar datierten Erlaß an die Oberversicherungsämter unterkommen. Wir zitieren nur folgende Stellen aus dem Erlaß:

Auf Grund des § 359 Absatz 4, § 413 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung übertragen wir den auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Beamten der Orts-, Landes- und Innungskrankenkassen sowie der Kassenverbände die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten.

2. Neben der Vorstands der Kasse oder des Kassenverbandes ist dem Landrat . . . bei Kassen, die der Aufsicht eines gemeindlichen Versicherungsamtes unterliegen, dem Bürgermeister . . . ein Dienstaufsichtsrat über die Beamten einzuräumen.

Die Kassenbeamten sind auf die allgemeinen Dienstpflichten der Beamten hinzuweisen; es ist zu bestimmen, daß sie den Staatsdienstreit binnen 4 Wochen nach dem Tag, an dem die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten auf sie übergegangen sind, vor der unter 2 bezeichneten Behörde abzulegen haben.

Es ist durch Aufnahme ausreichender Bestimmungen in das Regulativ Vorzorge zu treffen, daß die Vorbildung der Kassenbeamten nicht hinter der Vorbildung derjenigen gemeindlichen Beamten zurücksteht, denen sie in Rechten und Pflichten gleichgestellt werden.

Die Oberversicherungsämter haben von der ihnen im § 359 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung verliehenen Befugnis, die Anstellung der geschäftsleitenden Beamten auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anzuordnen, grundsätzlich bei allen Orts-, Landes- und Innungskrankenkassen sowie Kassenverbänden Gebrauch zu machen, die mit Einschluß der freiwilligen Mitglieder mehr als 10 000 Versicherte umfassen. . . . Die Anordnungsbeugnis bezieht sich nur auf die Geschäftsleiter der Krankenkassen. . . . Angestellte, die in der Kassenverwaltung eine leitende Stelle einnehmen (Bureau-, Registrator- und Kanzleivorsteher, Kassenführer, Leiter selbständiger Neben- und Zahlstellen u. a. m.), sind in der Regel als Geschäftsleiter im Sinne des § 359 der Reichsversicherungsordnung anzusehen.

Zur Anstellung eines Kassenbeamten auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt ist nach § 359 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung die Genehmigung des Oberversicherungsamtes in jedem einzelnen Fall erforderlich.

Damit sind die Kassenverbände beiseitegeschoben. Die Behörden üben das Disziplinarrecht aus und genehmigen, wer angestellt werden soll oder nicht. Damit auch diejenigen, die im Sinne des Gesetzes nicht „Beamte“, sondern „Angestellte“ der Kasse sind, nicht gegen den Willen der Behörden angestellt werden, war schon vorher in einer Musterdienstordnung von der Regierung bestimmt worden:

Personen, welche sich um die Anstellung im Kassendienst bewerben, haben den Nachweis der fachlichen Ausbildung zu erbringen. . . . Zum Nachweis ihrer fachlichen Befähigung haben sie die anzustellenden Personen einer Prüfung durch den Prüfungsausschuß zu unterwerfen. . . . Der Prüfungsausschuß besteht aus drei Mitgliedern einschließlich des Vorstandes. Den Vorsitzenden bestellt das Versicherungsamt nach Anhörung des Kassenvorstandes. . . . Der Prüfungsausschuß entscheidet nach Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende ist berechtigt, Beschlüsse des Prüfungsausschusses mit aufzchiebender Wirkung zu beanstanden. Ueber die Beanstandung entscheidet der Vorsitzende des Versicherungsamtes endgültig.

Dadurch ist dafür gesorgt, daß ohne den Willen des Versicherungsamtes (Landrat oder Bürgermeister) niemand in die Kassenverwaltung hineinkommt. Dem Vorstand ist auch hier die Verwaltung aus der Hand genommen.

Es ist ja klar: wer die Beamten hat, hat die Verwaltung der Kasse in Händen. Vorstand und Aufsicht der Kasse haben nur die Gelder zu bewilligen, die die Beamten nach den Anordnungen der Behörden verwalten.

Mit einigen Federstrichen hat also die Regierung auf dem Verwaltungsweg der Selbstverwaltung den letzten Rest gegeben. Keine freie Initiative, keine Selbstbestimmung der Versicherten mehr, nur der Wille der preussischen Regierung und ihrer Beamten ist maßgebend. Ein wichtiges Recht, das die Arbeiter ein Vierteljahrhundert lang besaßen, wird ihnen so stillschweigend genommen, als wenn es ein wertloser Lappen wäre.

### Seiteres zur roten Woche.

Der bewährte Redaktionsrat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat den Auftrag erhalten, in seiner neuesten Wochenschau die rote Woche zum Gegenstand seiner tiefgründigen Betrachtungen zu machen. Der Herr hat in der vorigen Woche die wunderbare Entdeckung gemacht, daß die Sozialdemokraten jetzt massenhaft aus der Partei austreten, weil der Parteivorstand sie zwingen will, einer politischen Organisation anzugehören. Diesmal läßt er den Quell der Regierungsweisheit also sprudeln:

Um der nodenden Entwicklung ihrer Organisationen beizustrimmen und den Verbreitungsdrang ihrer Parteipresse zu hemmen, will die Sozialdemokratie sich während der Tage vom 8. bis 15. März mit einer sogenannten „roten Woche“ läßt machen. Vielleicht nicht so sehr den bürgerlichen Elementen als den eigenen Parteigenossen, die sich gegen derartige Vorkommnisse ja des überhöhten Maßes beugen haben. Es verheißt sich freilich von selbst, daß den Agitatoren jede Ansicht zu übergrößen willkommen sein würde — notabene wenn es ohne Gefahr für die wertvolle Sache ihrer liebsten Vertriebenes wäre. . . . Wenn Schimpfen und Bemerkungen hübsch, wenn sollte sich die Sozialdemokratie doch weniger als je über peinliche Eragnation zu bekümmern brauchen, — wenn diese aber, was doch zugegeben wird, in wachsendem Maße vorhanden ist, was soll dann gerade der „Kampf“ nach außen bewirken?

Wie man nobel und schamlos polemisiert, kann man gerade vom Wochenschaubauer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lernen! In ein paar Zeilen, deren Sinn sich nur schwer entziffern läßt, weil er nur teilweise vorhanden ist, wird den „Agitatoren“ Luft zu übergrößen und Feigheit zugleich vorgeworfen. Und auf Grund welchen Materials? Gründe werden überhaupt nicht angegeben, es wird eben einfach „geblöht“ und bemerkt.

Nach einigen in verständlichem Deutsch gehaltenen Sätzen, die andern Blättern entlehnt sind, schließt der Verfasser mit dem herrlichen Auspruch:

In der Abwendung von dem politischen Hebel, das die Gelüste der Sozialdemokratie ausmacht, besteht jetzt keine Stagnation.

Stil und Sinn sind gleich vornehmlich. Es soll nicht näher grammatikalisch untersucht werden, mer oder was da erregt wird — die Meinung, die durch den fälschlichen Satz zum Ausdruck gebracht werden soll, ist offenbar die, daß der Sozialdemokratie das letzte Stündlein geschlagen hat, diemeil die Bürgerlichen unter Verharmlosung glorreicher Führung allüberall unaufrichtig vorrücken. Der Tag ist nicht mehr fern, wo der letzte „Mahre Jakob“ aus dem Arbeiterhaus verschwinden und an seiner Stelle die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eingeführt werden wird.

Nicht ganz derselben Meinung ist aber die „Kreuzzeitung“, in der der ehemalige Reichstagsabgeordnete von Budissa schreibt:

Es ist schon jetzt zu beobachten, daß der Sozialismus sich in den Gesellschaften nur noch mühsam gegenüber der sozialdemokratischen Hochflut über Wasser hält. Die als die radikale Stütze der vorchristlichen Wählermassen unabweislich zu sich hinüberzieht. Diese Entwicklung wird sich in unaufhaltsamer Weise weiter vollziehen und die Sozialdemokratie wird sich mit verhängnisvoller Sicherheit der Verfolgung ihrer weichen Ziele zuwenden.

Die Autoritäten sind wieder einmal nicht ganz einig. Die eine sieht die Sozialdemokratie raslos vorrücken, die andre meint, daß in der Abwendung von den Gelüsten, die das Hebel — nein, daß in der Abwendung von dem Hebel, das die Gelüste um keine Stagnation herrscht. Was ist Wahrheit? fragt Hilmar.

### Die Affäre von Reize.

Ueber der Affäre der beiden Surichen des Generalmajors Boes in Reize schweift nach wie vor ein geheimnisvolles Dunkel, und man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß hier Vertuschung im großen Stille getrieben wird. Es ist deshalb sehr erregend, daß den Militärbehörden durch eine Anfrage des Abgeordneten Erzhberger Gelegenheit geboten wird, sich zu dieser Sache zu äußern. Herr Erzhberger will wissen, aus welcher Ursache die beiden Soldaten Selbstmord verübt haben, welches Verbrechen die ursprüngliche Unternehmung der Reizer ergeben hat, warum die Beerdigung nicht in der Heimat der Soldaten statt fand und wieviel Surichen der Generalmajor seit dem Oktober 1913 gehabt hat.

Die Antwort wird hoffentlich Klarheit darüber bringen, ob es wahr ist, was bürgerliche Blätter berichten, daß der General die beiden Surichen, die in der Nacht die Generalwohnung betreten antraten müßten, nachdem erst um 1 Uhr eine Gesellschaft beendet war, mit der Reizer ein gemeinsames Essen aß, während eine Kammergötte die schlafenden Soldaten mit einem Säbel kalten Wassers übergeben mußte.

Die konterparative Presse ist natürlich nicht eifriger bemüht, bei den Vertuschungsmaschinen zu helfen, und die beiden unglücklichen Soldaten als ungebildete und moralisch minderwertige Geister hinzustellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt die Behauptung, daß der General mit einer Schläge auf die Wangen der beiden Soldaten, daß er habe mit ihr einige Worte gesprochen, als unzulässig. Ist schon ein Satz mit einem Schlag bezeugt.

Vielleicht hat der General sie sogar mit köstlichem Wasser bespritzt? Aber das Volk wird genauere Feststellungen über die Art, wie dieser Offizier seine Burden weckte, nicht von der „Deutschen Tageszeitung“, sondern von andern Stellen entgegennehmen wollen. Es ist ja auch im höchsten Maße verdächtig, daß das Blatt sich bemüht, die Soldaten als von sozialdemokratischer Seite verhetzt hinzustellen und von heftigen Ausstellungen der sozialdemokratischen Presse spricht, während doch gerade bürgerliche Organe die ersten Andeutungen über den Verlauf der Dinge gemacht haben.

Als stärksten Trumpf spielt die „Deutsche Tageszeitung“ die Tatsache aus, daß die Hebeltäter sich selbst den Tod gegeben haben. Dieser Selbstmord sei ein vollgültiger Beweis dafür, wie schuldig sie sich gefühlt haben müßten!

Solche Heuchelei ist nun wirklich kaum zu übertreffen. Die Soldaten wußten sehr genau, daß ihnen, auch wenn sie sich hundertmal in der Notwehr befunden hätten, wegen des tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten die allerhöchsten Strafen bevorstünden, kannten die Grausamkeit des Militärstrafgesetzbuchs und die Strenge der Kriegsgerichte zu gut, als daß sie in dem Gefühl ihrer Unschuld eine Veruhigung hätten finden können. Sie gaben sich den Tod, weil sie ihr Leben ohnehin für ruiniert hielten.

### Se nachdem.

Nach dem Mißtrauensvotum vom 1. Dezember Gerichte von Militärtribunalen des Reichsfanzlers laut wurden, nahm sich seiner die klerikale „Kölnische Volkszeitung“ mit bemerkenswertem Eifer an. Sie schrieb gleich am 5. Dezember:

Sie würden es bedauern, wenn das Wort von der Reichsfanzlertribunalen . . . Wirklichkeit würde. Verharmlosung war als Zentrumsgegner überher in der Reichstagskommission und in die Reichstagskammer gekommen, aber als Mann von geistlicher Objektivität und von tiefem Verständnis für die Interessen der Soldaten, die ihm vordrängen aus der Vergangenheit anarbeiten, in der praktischen Arbeit im Reichstag mit dem Zentrum, und bei allen seinen Erfolgen vollständig geklärt auf das Zentrum, abzuweichen und zurückzukehren gelernt. Die unbedingte Ehrlichkeit seiner Politik hat ihm im Ausland und im Inland Erfolg verschafft. Wir wissen auch, daß nach Verharmlosung für uns nichts Besseres nachkommen . . .

In einem mit den ersten Blättern sonderbaren Gegensatz zu diesen freundlichen Worten bewegen sich Ausführungen, die der Abgeordnete Erzhberger jetzt in Zentrumsbüchlein über den angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt des Reichsfanzlers macht. Der gewöhnliche Zentrumsmann erzählt da, daß Verharmlosung die vielen schlaflosen Nächte nicht ausbilde. Die schlaflosen Nächte würden ihm durch die Gegenwirkung der preussischen Sozialpartei herbeigeführt, die ihm ihre Isolierung bei der Lösung der Reichstagsfrage nicht vergessen können. Das Zentrum wie in dieser Art die Rolle des Judas. Aber wie seine Ununterbrechlichkeit in Wirklichkeit aussieht, geht aus den folgenden Worten hervor:

Verharmlosung ist nicht unter dem Namen und hat nicht unter Verharmlosung, daß er die Forderungen des Zentrums erfüllt sind. Für die allgemeine Bekämpfung der Sozialdemokratie aber Grundfragen ist es nicht; in der Reichstagsfrage kann er seinen Platz nicht ohne Verharmlosung finden. Wenn er es nicht auch Verharmlosung einrichten zu lassen und sich selbst zu erlauben. Die Reichstagsfrage ist nicht ein ungelöstes Rätsel zu sein; es heißt wohl zu sagen, wie man es beschreiben ist in anderen Umständen. Es liegt eben alles daran, wie es geht. Sonst ist es nicht möglich, die Rolle der Reichstagsfrage zu verstehen. Wie man sieht, daß man nicht die Rolle der Reichstagsfrage und ungelösten Rätsel ist es nicht; es heißt wohl zu sagen, wie man es beschreiben ist in anderen Umständen.

Dieser letzte Widerspruch muß auf den ersten Blick übersehen. Er ist vom 5. Dezember 1913 nichts geblieben, ist die Stimmung des Zentrums gegen Verharmlosung umgewandelt hätte beibringen können. Aber das Rätsel ist doch sehr einfach zu lösen: Anfang Dezember ist es ein Augenblick lang so, als solle der Reichstagsfrage gehen, weil er das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags nicht mehr besitzt. Einmal solchen Augenblicks in den Parlamentarismus wiederher zu das überbrachte Zentrumsergebnis am Rhein und veränderte die Richtung der Reichstagsfrage, daß das Zentrum ihm schon im März 1913 hätte geantwortet hätte. Inzwischen haben sich die Dinge wieder geändert, als die Stellung Verharmlosung nicht mehr durch die Majorität des Reichstags, sondern durch konterparative Widerarbeit sichergestellt wird, und da müßten die Reichstagsfragen keinen Platz in der Reichstagsfrage zu lassen. Sie behaupten ununterbrochen, daß sie im Reichstagsfrage nicht mehr nach Verharmlosung zu dem Reichstagsfragen herbei, und dem zum größeren Ehren des Reichstagsfragen der Reichstagsfrage, dem man nachsagt, daß er sich nicht mehr lösen lassen, verhandelt werden soll.

### Die Revolution in Mexiko.

Drei Jahre sind schon verstrichen und die Revolution in Mexiko nicht beendet. Als Madero den ersten Schlag, der sich bereits Jahre lang als Diktator des Landes behaupten hatte, empfing, nach Europa zu fliehen, um sich an einen neuen Staat zu wenden, während er in Mexiko geblieben wäre, daß endlich die Revolution zu Ende sei. Aber Maderos Herrschaft dauerte nicht lange. Er wurde vor 14 Jahren im Auftrag eines Vizegenerals, des gegenwärtigen Präsidenten Guertin, ermordet. Das Ansehen Guertins als Reichstagsgegner ist seitdem von dem der Bürgerkrieg. Die früheren Kollegen Maderos, die Generale Carranza, Villa und Zapata, unterstützten ebenfalls den Kampf gegen ihren früheren Reichstagsgegner Guertin, und es gelang ihnen, den restlichen Teil Mexikos unter ihre Herrschaft zu bringen.

Damals hat er mit dem Kommando über die Revolution, die die Freiheit und die Ordnung des Landes bringen, sich die

zwei feindlichen Lager nichts anderes als die Vertreter zweier Gruppen von kapitalistischen Interessen. Guerta steht im Solde einer englischen kapitalistischen Gesellschaft, des Pearson-Syndikats, das sich den größten Teil der Oelländereien Südamerikas angeeignet hat, Carranza und Genossen stehen im Solde des mächtigsten amerikanischen Trustes, der Standard Oil Company, welche Wilson als Vermittler unterstützt.

Um diesem Bundesgenossen zum Siege zu verhelfen, hob Präsident Wilson Anfang Februar das Waffenausfuhrverbot nach Mexiko auf, damit er den Rebellen ermöglichen, jede gewünschte Menge von Waffen, Munition, also auch Kanonen und Maschinengewehre, die ihnen bisher fehlten, offen über die Grenze zu bringen. Mit dieser Unterstützung hofften die Amerikaner, daß der Krieg zu einem baldigen Ende geführt werde und die amerikanischen Interessen wieder zur Herrschaft gelangen. Durch die verbrecherische Tölperei eines seiner Bundesgenossen, des Generals Francisco Villa, der einen englischen Bürger, den Großgrundbesitzer Venton, hat ermorden lassen, sind die Pläne des Präsidenten Wilson zu Wasser geworden.

Der ermordete Großgrundbesitzer, der Schotte William Smith Venton, war im Staate Chihuahua Eigentümer von Ländereien, die auf 40 Millionen Mark geschätzt werden. Durch die Revolution hatte er materielle Verluste erlitten. Er begte daher keine besondere Sympathie für die Revolutionäre. Vor einigen Tagen verurteilte er, 400 Stück Großvieh über die Grenze zu führen. Er erlaubte Villa um die Erlaubnis dazu, die ihm verweigert wurde. Villa behauptete, daß das Vieh für seine Schar notwendig sein könne. Außerdem beschuldigte er Venton, unter einer Decke mit seinen Feinden, das heißt mit der mexikanischen Regierung, zu stehen. Was danach geschah, weiß genau kein Mensch. Einige Berichte behaupten, daß Venton Villa mit einem Revolver bedrohte und daß er von diesem in Notwehr erschossen wurde. Villa behauptet, daß Venton von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt wurde. Was feststeht, ist, daß Venton entweder mit einem Schein oder ohne diesen Schein ermordet worden ist.

Dieser Tod hat die Feindlichkeiten zwischen den ringenden Gruppen von Interessenten verschärft. In England hat die Nachricht in kapitalistischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Ihre Sprachrohre, die „Times“ und der „Daily Telegraph“, drängen die Regierung zu energischer Aktion. In Amerika hat der Mord die Aufmerksamkeit aller denkenden Menschen auf die merkwürdigen Bundesgenossen Wilsons gelenkt. Weiß man doch, daß diese „Generale“ nur bewährte Räuber sind. Und unter den vier mexikanischen Rebellenführern ist Francisco Villa der berühmteste von allen. Er hat in ganz Mexiko als Bandit bekannt. Als er nach Maderos Ermordung den Kampf gegen Guerta aufnahm, scharte sich um ihn eine Menge Leute an, die er jeden Diebstahl, jede Mord- und Schandtat nachsah; und mit dieser beutegierigen Bande hat er das Land verwüstet. Die Siege, die er gewonnen hat, sind weniger seiner Luchtigkeit als Kriegerführer zu verdanken als der Feigheit seiner Feinde.

Mit solchen Bundesgenossen will der Präsident Wilson die Ruhe in Mexiko wiederherstellen! Aber Kenner der mexikanischen Verhältnisse wissen, daß, solange die beiden kriegerischen kapitalistischen Parteien sich über die Beute nicht geeinigt haben, die Revolution und die Anarchie in Mexiko nicht zu Ende kommen werden.

### Notizen.

**Zaberner Schmerzen.** Die Klagen, die von 27 Zaberner Bürgern gegen den Reichsmilitärismus wegen Schadenersatz für ihre Verhaftung und Unterbringung im Pandurkeller beim Landgericht Zabern erhoben wurden, sind wider Erwarten nicht verglichen worden. Die ersten Fälle standen vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung, sie sind aber auf den 10. März vertagt worden. Der Zweck dieser Vertagung ist Vorbereitung einer gemeinsamen Verhandlung mit den andern an diesem Tag anstehenden Zaberner Strafprozessen in derselben Angelegenheit. — Der Militärismus hat bekanntlich für jeden einzelnen der 27 Fälle 50 Mark Entschädigung angesetzt, die der Geschädigte bereits schon bereit erklärt, diese Entschädigung anzunehmen.

**Ein Jude wird verbrannt!** Am 30. Januar fand in Düsseldorf eine große Arbeiterdemonstration statt. Der Vorsitzende der Düsseldorf Arbeiterorganisation, Genosse Verten, und der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Genosse Kanes, wurden deshalb wegen Veranlassung einer nicht erlaubten öffentlichen Umzugs der Arbeiter angeklagt. Die strafrechtliche Verhandlung fand in Düsseldorf statt. Beide Angeklagte wurden zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Nachweis dafür, daß die Angeklagten den Umzug veranlassen hätten, nicht erbracht sei von der Verteidigung der Veranlassung waren sie freizusprechen. Dagegen sei erwiesen, daß Verten und Kanes sich bemüht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie seien also zwar nicht Veranlasser, aber Leiter der Demonstrationen gewesen und als solche zu bestrafen. Der vorgeschriebene Justiz und Polizei ist nichts recht zu machen. Hüben die beiden Genossen nicht für Ruhe und Ordnung gesorgt, dann wären Verhaftungen wegen Ungehorsam erfolgt. Da sie die sehr kostspielige Tätigkeit ausgeübt haben, die große Menschenmenge in Ordnung zu halten und zu verhindern, daß die Ruhe gestört wird, merken sie auch darauf.

**Sandstrankenfassen-Verband.** Nachdem schon vor längerer Zeit neben dem Hauptverband deutscher Sandstrankenfassen der seinen Sitz in Dresden hat und dessen Leiter Genosse Fräßdorf seit Jahren ist ein Kreisverband in Essen gegründet worden ist, dessen Zweck es ist, gegen den Hauptverband deutscher Sandstrankenfassen zu kämpfen, plant man jetzt eine Verbindung aller Sandstrankenfassen in einem großen Reichsverband. Ein Verband der schließlichen Sandstrankenfassen besteht bereits, er sollte zu einem allgemeinen Sandstrankenfassenverband ausgebaut werden. Die beiden Sandstrankenfassen Genosse Fräßdorf arbeiten aber, wie gemeldet wird, auf die Schaffung eines Reichsverbandes hin. Es wird sich bald herausstellen, ob die Schaffung der Verbindung der Sandstrankenfassen die Hauptaufgabe dieses Verbandes sein wird. Auf den ersten Blick will es scheinen, als ob beide Gründe bei der Schaffung dieses Verbandes gewirkt hätten.

**Im hiesigen Landtag** wurde die Wahl des landesweiten Abgeordneten Schöpf, dessen Mandat die Wahlprüfungskommission mit langer Stimmensmehrheit für ungültig erklärt hatte, für gültig erklärt.

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 54.

Magdeburg, Donnerstag den 5. März 1914.

25. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

226. Sitzung.

Berlin, 3. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Visco, Kraeffe.  
Auf der Tagesordnung stehen zunächst

### kurze Anfragen.

**Abg. Keil (Soz.):** Briefmitteilungen zufolge sind beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg eine größere Anzahl Mannschaften infolge Genußes giftiger und heilschädlicher Wurst erkrankt. Kann der Reichstanzler Auskunft geben über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?

**Württembergischer Generalmajor v. Gravenitz:** Bei dem württembergischen Trainbataillon Nr. 13 waren 18 Mann an Paratyphus erkrankt, der auf den Genuß von Wurst zurückzuführen ist. Der Verlauf der Krankheit war günstig und sämtliche Mannschaften sind genesen. Es ist geprüft worden, ob bei der Herstellung und Abnahme etwas verjümt worden ist. Das hat sich nicht feststellen lassen. Die Abnahmebestimmungen sind im vorigen Jahre noch verschärft worden. Es ist immer möglich, daß Krankheitserreger in die Wurst kommen, ohne daß sie sich gleich durch Farbe oder Geschmack der Ware feststellen lassen. Eine Sicherheit ergibt erst die bakteriologische Untersuchung, die naturgemäß erst eintreten kann, wenn die Leute bereits erkrankt sind. Es ist wohl möglich, daß die verhältnismäßig warme Witterung jener Tage die Entwicklung der Krankheitskeime begünstigt hat, es haben sich aber bisher keine Anhaltspunkte ergeben, daß gegen die Lieferanten oder die Aufsichtsbeamten ein Vorwurf zu erheben wäre. Durch Vorschriften kann man solche Vorfälle nur einschränken, nicht aber völlig verhindern.

**Abg. Brey (Soz.):** Kann der Reichstanzler Auskunft darüber geben, welches die Ursachen der Explosion in der Anilinfabrik Lichtenberg-Kummelsburg sind, und werden Maßnahmen ergriffen, die den Arbeitern und Angestellten vor einer solchen Katastrophe ausreichende Sicherheit gewähren?

**Ministerialdirektor Caspar:** Sofort beim Eintreffen der Kunde von dem beklagenswerten Unfall in Kummelsburg hat der Reichstanzler das zuständige Reichsamt des Innern beauftragt, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Die Ursache der Explosion hat noch nicht festgestellt werden können. Es werden noch die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen und der Sachverständigenberichte abzuwarten sein. Ausgegangen ist die Explosion von einem Apparat, in dem Nitrobenzol hergestellt wird. Dieser Stoff wird in den Farbenfabriken aller Länder in der gleichen Weise und in Kummelsburg seit 30 Jahren hergestellt. Der Apparat war, soweit die Beschädigung erkennen ließ, ganz in der üblichen Weise gebaut. Sobald die Ursache des Unglücks festgestellt, werden die zuständigen Behörden nicht zögern, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Hierauf wird die

### zweite Lesung des Postetats

fortgesetzt.

**Abg. Kiel (Fortführ. Sp.):** Die Massenhaftigkeit der Petitionen von Postbeamten beweist, daß noch sehr vieles in den Verhältnissen der Beamten zu wünschen übrigläßt. Wir halten die Einrichtung von Beamtenausschüssen für sehr wichtig und wertvoll für beide Teile. Das Petitionsrecht darf den Beamten in keiner Weise geschmälert werden. Doch sollten die Beamten nicht einzeln petitionieren, sondern durch ihre großen Organisationen, damit einheitlich vorgegangen werden kann. Die Telegraphenmechaniker sollten den Assistenten gleichgestellt werden. Postagenturen sollten möglichst zahlreich errichtet und die Postagenten ihrer Wichtigkeit entsprechend bezahlt werden. Das Welttelegraphennetz wird hoffentlich bald durchgeführt. Unsere Karte mit der gepanzerten Germania ist wirklich nicht schön, unsere Künstler sollten beauftragt werden, die Germania in etwas idealer Form darzustellen. Die Paketbeförderung muß beschleunigt werden. Die Bestimmungen über den Versand von Drucksachen sind ganz unklar. Sehr notwendig wäre eine Telefonverbindung mit England. Die einheimischen Telefonleitungen sind teilweise enorm überlastet. Ich hoffe, daß der Staatssekretär unsern Wünschen in Zukunft mehr entgegenkommen wird. (Bravo! links.)

**Abg. Martin (Sp.):** Die weiblichen Kräfte bei der Post haben sich nur im Telephondienst gut bewährt. Auf keinen Fall geht es um 16jährige junge Mädchen in kleinen Postämtern alten Beamten Vorkahrungen machen können. Die postlagernden Sendungen sollten, wenn nicht ganz verboten, so doch sehr eingeschränkt werden. Bei den Ausführungen des Abg. Ebert über Zubern mußte ich denken: welche verkehrte Welt! Somit sind es gerade die Herren von der Linken, die die Beamten angreifen und über Vertuschung von Verfehlungen der Beamten durch die Verwaltung Beschwärze führen. Und nun muß ausgerechnet Abgeordneter Ebert dem Staatssekretär vorwerfen, er schätze seine Beamten nicht genügend. (Sehr gut! rechts.) Festgestellt ist durch die Untersuchung, daß von der Verwaltung als nicht zu bestellen bezeichnete Postsendungen trotzdem bestellt worden sind. (Hört, hört! rechts.)

**Staatssekretär Kraeffe:** Ich wundere mich, daß gerade ein Vertreter der Rechten, die uns immer vorwirft, wir wirtschaftlich zu teuer, sich dagegen wendet, daß in kleinen Postämtern weibliche Hilfskräfte beschäftigt werden. Ueber die teuren Telephongebühren auf dem Lande sollten die Herren nicht klagen, die den Telephontarif, der die Einzelgesprächsgebühr vorläß, abgelenkt haben. (Sehr richtig! rechts.) Davon, daß Petitionen den Beamten verboten seien, ist keine Rede. Ich hindere die Herren Abgeordneten auch keineswegs, in Versammlungen der Beamten zu gehen; das ist gesamtdeutsch. Aber ich wundere mich allerdings darüber, daß die Herren dort, ohne die Stellung der Verwaltung zu kennen, Wünsche der Beamten ohne weiteres für berechtigt erklären haben. Die telephonische Verbindung mit England wird ständig im Auge behalten. Allerdings wird ein Kabel zwischen England und Deutschland teuer herzustellen sein, daß 3-Minuten-Gespräche 10 bis 15 Mark kosten werden. Größere Postagenturen erhalten 1200 Mark bis 1500 Mark; dabei sind auch die hergegebenen Räume usw. mit eingeschlossen. In dem Bezirk, die Zahl der Postagenturen nach Möglichkeit zu vermehren, gehen wir mit dem hohen Haus einig. (Bravo! rechts.)

**Abg. Brandts (Volk):** Briefe, die eine Aufforderung an russische Arbeiter zur Auswanderung enthalten, werden von der russischen Behörde zurückgehalten. Dagegen sollte die deutsche Postverwaltung protestieren. Briefe mit politischen Adressen werden noch immer schändlich behandelt. Auf Denunziation des Ostmarkenvereins sind eine Reihe polnischer Postbeamten aus ihrer Heimat vertrieben worden. Gegen die Ostmarkenzulage werden wir selbstverständlich wieder stimmen, zum Protest gegen die preussische Annapolitik. (Bravo! b. d. Sp.)

**Staatssekretär Kraeffe:** Mit dem Ostmarkenverein bin ich noch nie in Verbindung getreten, alle Verjährungsgeheusche werden von der betreffenden Verwaltung in einzelnen Fällen auch vom Reichspostamt geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt. Auf die russische Postverwaltung haben wir keinen Einfluß.

**Abg. Dr. Werner (Siehen, Ant.):** Ich spreche für die Ostmarkenzulagen resp. ihre Ausdehnung auf alle gewöhnlichsprachigen Ge-

bierte. Beamtenausschüsse sind notwendig. Daß die Frauenarbeit die Löhne und Gehalte drückt, darüber sind sich auch die organisierten Arbeiter klar. Der Verkehr mit postlagernden Sachen hat sich, speziell in Großstädten, zu einem Unfug ausgebildet, dem gesteuert werden muß. Unfug wird auch mit der Postreflekt gemacht.

**Abg. Zubeil (Soz.):**

Wie im Falle des Obersten v. Reuter hat die Postverwaltung stets nach oben hin Entschuldigungen, während sie nach unten hin streng vorgeht. Der Staatssekretär versuchte, die für ihn peinliche Angelegenheit auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen, indem er auf die im Hause sitzenden Sozialdemokraten loskugelte. Es dürfte ihm aber sehr schwer werden, nachzuweisen, daß von uns häufig unwahre Anschuldigungen gegen Beamte erhoben werden. Unsere Aufgabe ist, die Unterbeamten gegen grobe Behandlung und gegen Hebergriffe der Vorgesetzten zu schützen, und das werden wir auch in Zukunft tun. (Sehr richtig! b. d. Sp.) Den Staatssekretär möchte ich fragen, ob die Postfreiheit sich auch auf den Metzgereiverein in Nordhausen ausdehnt. Ein Kuriosum ist, daß im Ortsverkehr Drucksachen von 1 Kilo 30 Pfg. kosten, dagegen nur 20 Pfg., wenn sie in vier Briefe verpackt werden. Die Frauenarbeit wollen wir keineswegs verbieten. Freilich wollen wir die wirtschaftlichen Verhältnisse gern so gestalten, daß der Mann seine Familie ernähren kann. Gerade bei den Postbeamten müssen die Frauen oft in hohem Maße zum Unterhalt der Familie noch etwas mitverdienen. Aber gegen die Anstellung der Frauen als Beamte haben wir nichts einzuwenden, freilich müssen sie so bezahlt werden, daß sie nicht als Lohnrücker wirken. Wir halten es auch nicht für eine Herabsetzung eines Unterbeamten, eine Frau als Vorgesetzte zu haben. Die Behandlung und der Lohn wird auf den Beamten, wo das der Fall ist, sicherlich ein anständigerer werden. Postübertretungen werden bei einfachen Leuten streng verfolgt, wegen lumpiger 10 Pfg. wird oft eine Strafe von 3 Mark eingetrieben. Als aber in Wodum ein Fabrikdirektor sich ohne Wissen der Postbehörde einen Nebenanschlusß ins Schlafzimmer gelegt hatte, sah man das einfach als Mißverständnis an; man nahm lediglich den Nebenanschlusß fort und machte den Herrn auf die Bestimmungen aufmerksam. Trotzdem fand man im nächsten Jahre bei der Revision den Anschlusß wiederhergestellt, aber wiederum begrünnete man sich mit der Annahme eines Mißverständnisses. Als derselbe Herr einen Unterbeamten durch das Telefon aufs gröblichste beleidigte, sagte der Postdirektor zu dem Beamten, der um Schutz bat, er möge gern aus der Sache heraus, weil er gesellschaftlich mit dem Direktor verkehre. (Hört, hört! b. d. Sp.) Ganz tolllos häufen sich auf unsern Beamten die Aufsichtsbürokratie. Sie haben für die Postverwaltung lediglich Bedeutung als Polizeibeamte. In Berlin hat man sogar einen Verkehrsprüfer eingesetzt. Eine Neuordnung der Tagelöhner wäre dringend nötig. In Berlin, Frankfurt a. M. und Köln erhalten die Postboten eine Tageszulage von 50 Pfg. pro Tag, an andern Orten kommen Säbe von 10, 20 und 30 Pfg. vor, selbst wirtschaftlich und baulich zusammenhängende Gebiete wie Groß-Berlin werden verschieden behandelt. Hamburg, Altona und Leipzig stehen mit Berlin auf einer Stufe, dort ist der Satz aber 20 Pfg. weniger. Die im Eisenbahnrangierdienst beschäftigten Beamten bitten um eine Zulage von 50 Pfg., wie sie auch die Eisenbahnbeamten erhalten. Die Beschäftigungszulage der Postboten, die jetzt in diesem Dienst hineinkommen, beträgt nur 30 Pfg., während die früher Hineingekommenen 50 Pfg. erhalten. Nach einer Verfügung der Oberpostdirektion Steffen sollen die Ausbilder nur noch 2,50 Mark pro Tag erhalten. (Hört, hört! b. d. Sp.) In Stralsund sogar nur 2,20 Mark. Den Landbriefträgern ist von der Oberpostdirektion in Königsberg i. Pr. die Benutzung eines Radels verboten worden. (Hört, hört! b. d. Sp.) Das ist eine Erschwerung ihres Dienstes schlimmster Art.

Der Bahnpostdienst ist ein überaus schwieriger. Fahrten bis zu 12 Stunden sind nichts Seltenes, wobei von Ruhe keine Rede sein kann. Die Nerventrankeiten der Beamten haben daher bedeutend zugenommen. Unbedingt bedarf die Ausstattung der sogenannten Weiwagen einer erneuten Prüfung. In den ungeheizten Weiwagen müssen die Begleiter bis zu 10 Stunden in der bittersten Kälte ohne warme Kleidung ausdauern. Die Bahnverwaltung hat ihren Leuten in solchen Wagen längst warme Kleidung und warmes Schuhwerk geliefert. Auch die Aufenthaltsräume, die den Bahnpostschaffnern auf den Stationen zur Verfügung gestellt werden, spotten jeder Beschreibung. Hat denn der Staatssekretär noch niemals ein Merkblatt des Reichsgesundheitsamts in der Hand gehabt, wo auf die Wichtigkeit gesunder Aufenthaltsräume hingewiesen ist? Der Reichsstatistik für die Krankenkassen ist viel zu gering; wir haben beantragt, ihn in diesem Jahre um 100 000 Mark zu erhöhen, um die Kassen leistungsfähig zu machen. Aus der Reihen der Telegraphenarbeiter find mir so viel Klagen über unberechtigte Sparsamkeit zugegangen, daß ich bis morgen früh reden möchte, wenn ich sie alle vorbringen wollte. Mit der Ausnützung der jugendlichen Telegraphenarbeiter drückt die Postverwaltung jeden Reform. Ein Landbriefträger, der sich ein Pferd angeschafft hatte, weil die Landpostbestellung sonst gar nicht zu bewältigen war, geriet in Schwierigkeiten mit dem Lieferanten der Futtermittel, und beging in seiner Notlage eine Veruntreuung, für die er zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Hätte die Postverwaltung ihm die Futtermittel nicht erst am Nachschluß, sondern rechtzeitig bezahlt, so wäre ein Menschenleben und eine Familie gerettet worden. (Sehr wahr! b. d. Sp.)

Ueber die Verhältnisse beim Berliner Postamt 39 ist im vorigen Jahr eine Untersuchung zugeführt worden; jede Forderung ist aber abgelehnt. Wenn die Briefträger nicht alles bestellen können, werden ihnen Geldstrafen zukommen. (Hört, hört! b. d. Sp.) Dem Obersekretär dort sollte „knigges Umgang mit Menschen“ zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wie auf diesem Amte läßt auch auf dem Amte 40 die Behandlung der Unterbeamten durch den Direktor und seinen Obersekretär sehr viel zu wünschen übrig. Hier muß eine strenge Untersuchung stattfinden. Auf allen Beamten sind schwarze Listen eingeleitet. (Hört, hört! b. d. Sp.) Die Beamten haben keine Möglichkeit, sich gegen das zu wehren, was in den schwarzen Listen steht; sie sind vogelfrei. Auf dem Lehrter Bahnhofamt haben sich die Beschwerden gehäuft, seitdem der neue Direktor im Dienst ist. Die Behandlung ist dort genau wie in der Kaiserne. Beamte, die sich diese Behandlung nicht gefallen lassen wollten, wurden im Keuter verpackt, die weit entfernt von ihrer Wohnung liegen. (Hört, hört! b. d. Sp.) Krankenatteste verlangt der Direktor dieses Amtes von den Beamten persönlich vorgelegt, die Verfügung, daß sie auch mit der Post einverstanden werden können, existiert für ihn nicht. Er sollte sich einer solchen Behandlung kranker Beamten schämen. Präsident Kämpf rügt diesen Ausbruch gegenüber, sie ergäben Krieger und Denunzianten. Die Gelder, die für Reisfälle der untern und mittlern Beamten bewilligt sind, gehen vielfach nach oben. Auf dem genannten Amte soll der Direktor und der Obersekretär einen großen Teil der Gelder erhalten haben. (Hört, hört! b. d. Sp.) Einem Oberbeamten auf diesem Amte, der sich verheiratet wollte, wurde der Urlaub bezu- rückt, wenn er einen Vertreter stellte und Nacharbeit leistete. Natürlich mußte er in den letzten April heizen. (Hört, hört!) Gebeht hat sich der Direktor des Amtes 68. Ich freue mich, daß ein so alter Herr sich noch als besserungsfähig erweisen kan-

(Seiterkeit), nachdem hier jahrelang kein Birken gerügt war. Ueberlastet sind auch die Beamten auf den Charlottenburger Postämtern. Es wäre schon längst ein weiteres Hilfsamt dort nötig. Auch in Neudölln führt ein Herr das Regiment, der sich selbst als Mann ohne Nerven bezeichnet. Ein Frankfurter Briefträger wurde so überlastet, daß er auf der Straße zusammenbrach. (Hört, hört! b. d. Sp.) Wenn ich mich im nächsten Jahre länger fassen kann, wird es mich freuen, aber solange das jetzige Oberhaupt der Reichspost an seiner Stelle steht, werden die meisten Wünsche der Postunterbeamten kaum in Erfüllung gehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Kraeffe:** Ich habe während der Ausführungen des Vorredners das Gefühl gehabt, daß die Niederschreibung des Abgeordneten ausgenutzt wurde (Unruhe und Zurufe b. d. Sp.; Sie haben keine Zensuren zu erteilen!), um auf Grund einseitiger Zuträgen treue Beamte zu beschuldigen. Ich protestiere dagegen sowie auch dagegen, daß der Abg. Zubeil sich erlaubt hat... (Große Unruhe b. d. Sp. und Zurufe: Was erlauben Sie sich denn! Präsident Kämpf erklärt, daß er bei einem Abgeordneten einen solchen Ausdruck durch Ordnungsruf gerügt hätte.) Also dagegen protestiere ich, daß Herr Zubeil einen Beamten, den er angegriffen, als seinen alten Freund bezeichnete. (Lachen b. d. Sp.) Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr (vorher Zweifampf-Interpellation des Zentrums, zurückgestellte Abstimmungen, Kolonialetat).

Schluß 7 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung.

Berlin, 3. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lentze, v. Dallwitz.

### Das Kommunalabgabengesetz.

**Abg. Althoff (natl.):** Die Gemeinden haben in den letzten Jahren Bedeutung auf dem Gebiete der Hygiene und Sozialpolitik geleistet. Um die unumgänglichen Ausgaben für solche Kulturzwecke bestreiten zu können, müssen die Gemeindeverwaltungen neue Steuerquellen anbahnen.

**Abg. Schrader (freikonz.):** Es ist nicht angängig, die Bergwerksunternehmungen zu den Kommunalsteuern heranzuziehen, da bei den Industrie bereits zu stark belastet ist.

**Abg. Baerwald (Fortführ. Sp.):** An dem vorliegenden Gesetzentwurf sind noch wesentliche Änderungen vorzunehmen. So lehnen wir z. B. die im dem Entwurf vorgesehenen Gebühren, die das Publikum für Zeugnisse zu zahlen hätte, entschieden ab. Die Eisenbahnen müßten zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Das Anheil, das die Hauspfehlung anrichtet, muß durch eine vernünftige Bodenpolitik beseitigt werden. Vor allem treten wir der von konfessioneller Seite geäußerten Auffassung entgegen, als ob die großen Ausgaben der Gemeinden für das Gemeinwohl, für die öffentliche Hygiene und Kultur, wie die von den Gemeinden eingerichtete Zahnpflege und Speisung von Schulkindern, nichts anderes als ein überflüssiger Luxus wären. (Beifall bei der Fortführ. Sozialpartei.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

### Zweite Lesung des Ausgrabungsgesetzes.

Nach einer unwesentlichen Debatte, in deren Verlauf drei Anträge des Zentrums und der Polen von den Antragstellern wieder zurückgezogen werden, wird das Gesetz unverändert angenommen.

Zur weiteren Verhandlung steht ein Gesetzentwurf betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungs-Frankenkassen.

**Abg. von der Osten-Warnitz (konj.):** Eine wichtige Frage ist, ob den Kassenbeamten genügende Rechtsmittel gegen Strafverfügungen zur Verfügung stehen. Wir sehen in dem vorliegenden Entwurf eine zweckdienliche Regelung der Disziplinarverhältnisse der Kassenbeamten. Wir beantragen, diesen Entwurf an die Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen.

**Abg. Dr. Gottschalk (natl.):** Auch wir erklären uns für die Kommissionsberatung des Entwurfs.

**Abg. Lippmann (Fortführ. Sp.):** Wir wünschen ein Disziplinarrecht für die Kassenbeamten, aber der Uebertragung des durch das Gesetz von 1852 eingeführten Disziplinarverfahrens auf diese Beamten stehen wir ablehnend gegenüber, ebenso der Bestimmung, die das außerdienstliche Verhalten der Beamten zu regeln sucht. Das gewährt die Möglichkeit, Kassenbeamten, die bei den Landtagswahlen sozialdemokratisch wählen, zu entlassen. Nach dem § 34 der Reichserziehungsordnung haben die Kassenbeamten das Recht, außerhalb der Dienstgeschäfte sich in religiöser und politischer Hinsicht vollkommen frei zu betätigen. Zu dieser Bestimmung steht die bisherige Jutidatur des Oberverwaltungsgerichts in einem unerquicklichen Gegensatz. Es ist ja verständlich, wenn die Regierung Bedenken hat, Alle der Staatshoheit solchen Beamten zu übertragen, deren politische Ueberzeugung sich gegen die Grundlagen des Staates richtet. Gleichwohl darf dieser Standpunkt nicht maßgebend sein und wir erwarten, daß in der Kommissionsberatung diesbezügliche Änderungen eintreten. Wenn man dies Gesetz als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie benutzen will, so ist das ein vollkommen verfehltes Mittel. (Beifall links.)

**Abg. Braun (Soz.):** Was den letzten Punkt in den Ausführungen des Vorredners betrifft, so kann ich ihm darin nur zustimmen. Wir treten nicht nur diesem Gesetzentwurf, sondern auch der Kommissionsberatung ablehnend gegenüber, da wir ihn als den Versuch ansehen, die in den Krankenkassen beschäftigten Arbeiter und die dort angestellten Beamten zu entrechten. (Sehr wahr! b. d. Sp.) Wir sehen vor allem die Notwendigkeit des Gesetzes nicht ein. Unter dem früheren Gesetz waren die Krankenkassen vorzüglich verwaltet und es liegt nicht die geringste Veranlassung vor, den Krankenkassenbeamten die Qualifikation von Staatsbeamten zu übertragen. Vor allem sind

### diese Maßnahmen nicht im Einklang mit dem Gesetz,

dem der Reichstag zugestimmt hat. Es ist eigenartig zu sehen, wie die preussische Regierung auf dem Umweg der Ausführung des Gesetzes die Bestimmungen des Gesetzes selbst zu umgehen sucht. In Niederbarnim und in Erfurt hat man Kassenbeamte, die seit vielen Jahren tätig sind und zur Zufriedenheit der Verwaltung gearbeitet haben, nicht in die neuen Kassen übernommen, und diesbezügliche Beschwerden sind ablehnend beantwortet worden. Der vorliegende Gesetzentwurf macht die Prüfungs-Kommissionen, die die fachliche Befähigung der angestellten Beamten zu prüfen haben, zu einer leeren Dekoration dadurch, daß die Entscheidungen der Prüfungs-Kommissionen durch die Vorsitzenden der Bezirksverwaltungsämter aufgehoben werden können. (Hört, hört! b. d. Sp.) So werden die Krankenkassen der preussischen Verwaltung ausgeliefert. Der Abg. Lippmann hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der vorliegende Gesetzentwurf die Betätigung der religiösen und politischen Ueberzeugung der Krankenkassenbeamten zu verhindern sucht und auch dadurch auf dem Wege der Aus-

Führung des Geistes das erreichen will, was sich vom Reichstag nicht erreichen ließ. Von jetzt der Behörden ist man vielfach gegen die Kassenbeamten vorgegangen und hat denen, die man nicht entlassen konnte, durch die preussische Ministerienordnung einen Strich zu ziehen gesucht. Es widerspricht vollkommen dem Sinne der Reichsversicherungsordnung, wenn man die Qualifikation des Staatsbeamten auch auf diejenigen Kassenbeamten zu übertragen sucht, die nicht lebenslanglich ange stellt sind. Das Beitreiben geht dahin, sämtlichen an den Kassen ange stellten Beamten den Charakter des Staatsbeamten aufzudrängen, indem man den sogenannten geschäftsführenden Beamten diesen Charakter durch den vorliegenden Gesetzentwurf zu verleihen sucht. Die Absicht ist klar. Man will eben

alle Kassenbeamten unter die Fuchtel und unter die Disziplinargewalt der preussischen Regierung stellen. Zudem man den Kassenbeamten, so sagt man, neue Rechte gewährt, muß man ihnen auch neue Pflichten auferlegen, aber die Pflichten der Kassenbeamten bedanken sich sehr für die Rechte und Pflichten eines preussischen Beamten. Man beirachte nur einmal unter Disziplinargehalt, um das Verhältnis von Pflicht und Recht der Beamten zu erkennen. Mißtrauen wird an Stelle des Vertrauens treten, das gerade diese sozialen Institutionen am allermeisten brauchen, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen. Deswegen werden wir mit aller Energie gegen dieses Gesetz stimmen. (Beif. h. d. Szg.)

**Handelsminister Dr. Eichow:** Der Parteienstandpunkt des Vorredners macht es nur zu erklärlich, daß er sich nach den schönen Seiten des alten Krankenversicherungsgesetzes zurücklehnt, wo die Vorteile der Krankenkassen durch einfache Mehrheit gewählt wurden, so daß sich das Übergewicht der Arbeiterstimmen und der Sozialdemokratie geltend machte. Damals entschied die sozialdemokratische Regierungsmehrheit. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Organisation hat das neue Krankenversicherungsgesetz eine tiefgreifende Veränderung vorgenommen. Der Reichstag wollte die einseitige Parteiberherrschung in den Krankenkassen beenden. Nur die sozialdemokratische Partei hat diesen Zustand für gut erachtet. Die Regierung hat das Recht, Angehörige der Kassen zum Beamten zu erklären. Mit Unrecht hat der Abgeordnete Braun der Regierung ein Verbot gegen das Gesetz vorgeworfen, wenn es von diesem Recht Gebrauch macht. Ferner erhalten die Kassenbeamten durch eine derartige Maßnahme der Regierung eine gewisse Sicherheit gegen vorzeitige und willkürliche Entlassung. Früher haben viele Krankenkassenangehörige bei einem politischen Stimmungswandel ihre Stellung verloren. Die Krankenkassenbeamten sollen alle Rechte und Pflichten von Kommunalbeamten haben. (Beif. h. d. Szg.)

**Abg. Gronowski (Ztr.):** Es handelt sich bei dem vorliegenden Entwurf keineswegs um ein Ausnahmengesetz gegen die Krankenkassenbeamten. Früher hat die Sozialdemokratie mit den Krankenkassen Mißbrauch getrieben.

**Abg. Gumboldt (Freikon.):** Ich nimmte den Ausführungen des Ministers zu. Der Abgeordnete Braun wird wohl die Ausführung, daß die Krankenkassen sich mit Politik nicht befassen, nicht ernstlich aufrechterhalten. So hat die Ortskrankenkasse in Schönberg als Publikationsorgan den „Vorwärts“ gewählt. (Hört! hört! rechts.) In einem andern Falle weigerten sich die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder, in nichtsozialdemokratischen Vereinen lokale die Vorstandsitzungen abzuhalten. In Opatowitz wurden Mitteilungen der Krankenkasse auf Briefbogen der sozialdemokratischen Partei verschickt.

**Abg. Braun (Soz.):** Dem Minister habe ich zu antworten. Ich es mir oblag, die Rechte der Regierung hinsichtlich des vorliegenden Gesetzes zu kennzeichnen. Ungutwillig sind die in dem Vorredner vorgebrachten Beschuldigungen. Er hat Fälle ohne Ort und Zeitangabe angeführt, die ich deshalb nicht als mehr oder weniger kann. Wir können nicht alle Sagen, die gegen uns angebracht werden, berücksichtigen. Ihre Zeitungen nach rechts. Ich brauche nicht einmal die unvollständigen Angaben über das Millionenvermögen, das der verworbene Abgeordnete Hebel hinterlassen haben soll, heranzuziehen. Man bringt einfach neue Beschuldigungen, die nicht dazu werden, daß ich keine mehr wiederholen soll. (Sehr richtig! h. d. Szg.) Das vom Vorredner kritisierte Vorgehen der Krankenkasse in Schönberg kann auch ich nicht billigen. Ich habe immer darauf gedrungen, daß derartige Angriffe in den Blättern der Parteien publiziert werden. Aber man bedenke dagegen, die oft konterbative Sozialdemokratie, die kein Recht hat, zu solchen Unterstellungen bereit zu werden. Sie (nach rechts), die Sie selbst die schärfste Kritik gegeben haben, haben also keinen Grund, sich aufzugeben. Auch die andere Seite des konterbativen Mißverhaltens weiß der Redner gut. Es kommt Ihnen nur darauf an, die sozialdemokratischen Parteimitglieder aus der Welt zu schaffen und Parteimitglieder auszuschließen. (Beif. h. d. Szg.)

**Abg. Gronowski (Ztr.):** Sozialistische Grundzüge sind nicht notwendig mit der Interessen der Arbeiter. Die neue Versicherungsordnung bedeutet eine wesentliche Verbesserung.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Gesetzentwurf geht an die Handels- und Gewerbe-Kommission.

**Der Handelsrat.**  
**Abg. Dr. Dehnen (Ztr.)** wünscht die Einführung der Sonn- und Feiertage für das Binnenverkehrsgewerbe.

**Minister Dr. Dehnen** verspricht, diesem Wunsch Nachsicht zu zeigen.

Nach einer weiteren uninteressanten Debatte kommt beim Reichstag „Ministerialbescheid“ ein nationalliberaler Antrag zur Verhandlung, durch den die Regierung um Maßnahmen ersucht wird, die bei der in Aussicht stehenden Zentralisierung der holländischen Verhältnisse den deutschen wirtschaftlichen Interessen einen entsprechenden Schutz gewährleisten sollen.

**Abg. Dr. Reuter (natl.)** führt zur Begründung des Antrages aus, daß unter Wirtschaftspolitik nicht vom Standpunkt des Einzelunternehmens aus, sondern der Wirtschaft als Ganzem auszugehen ist. Der Reichstag hat die Aufgabe, die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Das Ausland ist ein wichtiger Faktor der Wirtschaft. Die Handelsverträge mit uns nicht erneuert zu werden. In dem vorliegenden Antragsentwurf kommt der Redner ein Vorschlag zur Besondere Beachtung zu. Hiermit vertritt er das Haus der Wirtschaft in der Reichsversammlung des Handelsrats.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Ein übler Nachlaß Nehhäusers. Von einem Mitglied des Buchdruckerbundes, Johannes Kohl in Leipzig, wird eine Broschüre: „Nehhäuser: Dokumente eines Sterbenden“ vertrieben. Die Broschüre enthält Aufzeichnungen Nehhäusers aus seinem Leben, besonders aus seiner Tätigkeit im Buchdruckerverband. So viel wir wissen, hat Ludwig Nehhäuser diese Aufzeichnungen dem Herrn Kohl zur Veröffentlichung übergeben, kurz vor seinem Tode aber, wahrscheinlich in einer Anwandlung von Reue und Scham, seinen Familienmitgliedern den Auftrag erteilt, das Erscheinen der Broschüre zu inhibieren. Trotz dieser letztwilligen Anordnung Nehhäusers und trotz des ausdrücklichen Protestes der Familie des Verstorbenen ist diese Broschüre dennoch erschienen. Der Vorstand des Buchdruckerbundes gibt in der neuesten Nummer des „Korrespondent“ (3. März) eine Erklärung ab. Er schreibt: die Broschüre enthält so viel falsche Behauptungen, Verdächtigungen und Widersprüche, daß sich Vorstand und Redaktion veranlaßt sahen, in einem Zirkular die tatsächlichen Verhältnisse und Vorgänge den Mitgliedern ausführlich darzustellen. Er bedauert lebhaft, durch das Vorgehen des Mitgliedes Kohl die hauptsächlichsten Entstellungen und Beschuldigungen bekräftigen zu müssen. Wenn dem Indenten Nehhäusers damit kein Dienst erwiesen würde, so würde die Verantwortung dafür lediglich dem Broschürenherausgeber, Kohl habe in der Tat seinen Freunde Nehhäuser mit der Veröffentlichung der sogenannten Dokumente den schrecklichen Dienst erwiesen. Verbandsvorstand und Redaktion lehnen es ab, in eine Polemik mit gegnerischen Vereinen darüber einzutreten.

### Gerichts-Zeitung.

#### Gewerbegericht Magdeburg.

Eine Verurteilung findet uns der Inhaber des Installationsgeschäftes von Gustav Reineid unter Hinweis auf das Verbot des unteren Gewerbegerichtes in Nr. 32 der „Volksstimme“. Obwohl die Verurteilung den verhängnisvollen Anforderungen keineswegs entspricht, sei ihr tatsächlicher Inhalt hier trotzdem mitgeteilt. Er lautet: Es ist nicht wahr, daß die Benzinlampen bei der Verurteilung des Verurteilten gefehlt hat. Der Redner hat nicht verstanden, welche nach zu liefern. Wenn Reineid das Verbot nicht erst einige Tage vor der Inventur wiederbekam, so lag es bei ihm, wenn dies geschähe, denn er hatte ausdrücklich seinem Lageristen gesagt, Reineid möge das Buch an sich nehmen. Ferner ist die Verurteilung nicht im Gebrauch gewesen, sondern erst im Jahr vor Hebergabe an Reineid gekauft worden. Nicht wahr ist ferner, daß der Verurteilte Reineid das Verbot schon eingesehen hat und auch bei der Reklamation nicht erklärt, daß die Lampe nicht gefehlt sei, denn der Verurteilte mußte gar nichts davon. Der Satz: „das Ganze war Gerücht“ usw. entspricht nicht der Tatsache und sind derartige Behauptungen auch nicht in der Sitzung des Gewerbegerichtes gefallen.

### Kleine Chronik.

#### Freiprechung eines des Reineids Gefährlichen.

Unter der Leitung des Reineids hatte sich der Kutscher G. Bau von Jandara-Regiment Nr. 120 vor dem Kriegsgericht in Ulm zu verantworten: er wurde beschuldigt, am 3. April 1903 vor dem Schöffengericht Ulm als Junge unter Eid unwahrhaftige Angaben gemacht zu haben. Bau war im Jahre 1903 Schulung bei dem Schürmer in Jandara im Ulm. Reineid hatte am 27. Februar 1903 den Fund einer Bombe vorgebracht, indem beiden Schulungen, die die Bomben genau Kenntnis hatten, aber nicht eingestanden, gegen niemand etwas vorzulegen zu lassen, noch hätten sie keine gute Bombe mehr, und er selbst sagte, er hätte keine Bombe mehr. Bau, der Kutscher, wurde vom Kriegsgericht des zweiten der damaligen Schulung für die Bombe als Verantwortlicher, Bau, den der ehemalige Schulung nach Ulm übergeben wollte, die Bomben Angelegenheit zurückzugeben, nur in der Beschuldigung vor dem Kriegsgericht vollständig gefehlt. Er behauptet, daß er aus Angst vor seinem Reineid sich gefürchtet habe. Das Gericht ist jedoch über die Schuld des Angeklagten zu der Überzeugung gekommen, daß dem Bau damals die Schuld an die Bomben keine Handlung gemangelt habe. Wegen der Schulung Reineid wurde ein Schulung wegen Verurteilung von Reineid eingeleitet.

#### Explosion einer Dynamitfabrik bei Bari.

Eine heftige Explosion ereignete sich am Dienstag in der Dynamitfabrik in Bari. In der Fabrik wurden 3000 Kilo Dynamit verarbeitet. Die Explosion hatte glückliche Folgen für die Arbeiter, da in der Nähe der Fabrik keine Häuser standen. Die Fabrik wurde vollständig zerstört. Die ganze Fabrik ist zerstört und vollständig zerstört. Die Arbeiter sind unversehrt geblieben. Die Fabrik wurde vollständig zerstört. Die Arbeiter sind unversehrt geblieben. Die Fabrik wurde vollständig zerstört. Die Arbeiter sind unversehrt geblieben.

#### Einbrüche in Norddeutschland.

Die Kriminalpolizei in Norddeutschland hat in den letzten Tagen eine Reihe von Einbrüchen verurteilt. Die Täter sind zu Haftstrafen verurteilt worden. Die Einbrüche waren in verschiedenen Orten verurteilt worden. Die Täter sind zu Haftstrafen verurteilt worden.

#### Das Grenzverbot bei Ross.

Das Grenzverbot bei Ross ist in der letzten Zeit mehrfach verurteilt worden. Die Täter sind zu Haftstrafen verurteilt worden. Die Grenzverbote waren in verschiedenen Orten verurteilt worden. Die Täter sind zu Haftstrafen verurteilt worden.

### Von einer Pulvermine zerrissen.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich in einem Steinbruch bei Grimont zugetragen. Bei den Sprengungsarbeiten ging eine Pulvermine zu früh los. Die sich lösenden Felsmassen begruben den Direktor des Steinbruchs und einen Arbeiter, die beide getötet wurden. Vier andre Arbeiter wurden schwer verletzt.

### Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.			Fall	Buch
Sier, Eger und Wolban.				
Jungbunzlau	1. März	+ 0,60	+ 0,45	0,15
Laua	1. März	+ 0,80	+ 0,66	0,14
Budweis	1. März	+ 0,08	+ 0,08	—
Prag	2. März	+ 1,54	+ 1,80	0,24
Inntal und Saale.				
Straußfurt	2. März	+ 2,50	+ 1,90	0,60
Wettensels Unt.	2. März	+ 1,20	+ 1,06	0,14
Protha	2. März	+ 2,86	+ 2,74	0,12
Milteben	2. März	+ 2,46	+ 2,32	0,14
Bernburg	2. März	+ 2,15	+ 2,00	0,15
Ralbe Oberpegel	2. März	+ 1,91	+ 1,86	0,05
Ralbe Unterpegel	2. März	+ 2,00	+ 1,84	0,16
Gräzhuhe	2. März	+ 2,03	+ 1,89	0,14
Mulde.				
Deßau, Muldenbr.	2. März	+ 1,08	+ 1,06	—
Elbe.				
Pardubitz	1. März	+ 1,12	+ 0,82	0,30
Brandeis	1. März	+ 1,90	+ 1,71	0,19
Wreit	1. März	+ 1,86	+ 1,68	0,18
Zeitz	1. März	+ 1,66	+ 1,49	0,17
Lужиץ	2. März	+ 2,08	+ 1,92	0,16
Dresden	2. März	+ 0,63	+ 0,46	0,17
Lorgau	2. März	+ 2,98	+ 2,85	0,13
Mittelsberg	2. März	+ 3,71	+ 3,71	—
Mühlau	2. März	+ 3,17	+ 3,28	0,11
Sarba	2. März	+ 3,28	+ 3,37	0,09
Schneeberg	2. März	—	+ 3,15	—
Magdeburg	3. März	+ 2,70	+ 2,76	0,06
Langermünde	2. März	+ 3,58	+ 3,61	0,03
Mittelsberge	2. März	+ 3,00	+ 3,02	0,02
Dömitz	2. März	+ 2,25	+ 2,26	0,01
Boizenburg	2. März	+ 2,03	+ 2,11	0,08
Donnstorf	2. März	+ 2,21	+ 2,30	0,09
Lauenburg	2. März	+ 2,21	+ 2,30	0,09

Mittig, 4. März. Pegelstand + 1,84. Vom Oberlauf werden 66 cm Fall gemeldet. — Wetter: 1 Grad Kälte, aufsteigend. (Magdeb. Zig.)

### Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 3. März. Todesfälle: Witwe Luise Geinrich geb. Luther, 81 J. 7 M. 4 T. Anna geb. Neumann, Ehefrau des Hausierers Friedrich Neubauer, 73 J. 4 M. 4 T. Rentier Jakob Weinberg, 67 J. 10 M. 2 T. Witwe Friederike Raul geb. Simede, 56 J. 4 M. 20 T. Obermeller Gottfried Rothacker, 41 J. 10 M. 1 T. Unbekannte Mannesleiche, circa 30 bis 35 J. Freiseur Johannes Beermann, 27 J. 3 M. 23 T.

Zudenburg, 3. März. Todesfälle: Adolf, S. des Arb. Adolf Djabach, 1 J. 11 M. 25 T. Ehefrau des Aderbürgers Otto Janide, Emma geb. Reine, 39 J. 9 M. 25 T. Adelheid, Z. des Revolverdeckers Alfred Heise, 2 M. 16 T. Edith, Z. des Arb. Ferdinand Merrens, 8 M. 10 T. Berufslose Johanne Weister aus Salzwedel, 29 J. 6 M. 3 T. Schriftföher Ernst Bindemann, 28 J. 2 M. 11 T. Katernwärter a. D. Emil Schröder, 47 J. 10 M. 25 T. Kurt, S. des Arb. Otto Kleinfeld, 1 M. 12 T. Auguste geb. Hippmann, Ehefrau des Zigarrenmachers Wilhelm Schöpfer, 72 J. 4 M. 10 T. Auguste geb. Räger, Ehefrau des Stereotypensetzers Hermann Rabad, 71 J. 3 T. Lisette geb. Nieberth, Ehefrau des Fabrikbesizers Ernst Reichner, 58 J. 7 M. 21 T.

Gr.-Otterleben (vom 16. bis 23. Februar). Todesfälle: Ehefrau Luise Falkenberg geb. Lange, 35 J. Ella, Z. des Arb. August Helmede, 1 J. 16 T. Ehefrau Emma Heinede geb. Schröder, 46 J. Kaufm. Jbo Kramer 17 J.


Süderleben. Todesfälle: Witwe Karoline Glodemeier geb. Krämer, 67 J. 1 M. 26 T. Witwe Luise Stange geb. Schreiber, 64 J. 2 M. 3 T. Agent Karl Krebs, 47 J. 4 M. 21 T.

Schneebeck. Todesfälle: Ehefrau Ida Schulz geb. Schirau, 85 J. Privatmann Gottfried Weser, 75 J. Hospitalit Johannes Schuchardt, 72 J. Schiffseigner August Sutterich, 59 J.

### Aus dem Geschäftsverkehr.



Handicap Cigaretten

**Perinschütz**  **Perinschütz**

**Kohlen-Abonnement!**  
Kasten-Vertrieb  
Gute Qualität!  
Gute Ausführung!  
Beste Schicklichkeit!  
Verlangen Sie unsere Broschüre!  
**Gehr. Klapp Hacht, & Co. L.L.**

**Teilzahlung gestattet!**  
Gegründet 1874 — Einmaliger Silberer Preis.  
**Hermann Möller**  
Grammophonen  
  
Herrn, Gedächtnis, deutsche Schallplatten, Musik, Kunst.  
Die Musikwelt werden in Zufassung versetzen.

**Für Brautleute**  
Kampffeld-Kampffeld-Kampffeld  
Kampffeld-Kampffeld-Kampffeld  
Kampffeld-Kampffeld-Kampffeld

**Karl Hottowitz**  
M.-Buckau, Schnebeck, Barleben  
Schnebecker Str. 34, Salzer Str. 21, Brühlweg 5  
Papierhandlung — Buchdruckerei  
Lederwaren: Briefkassetten: Andenken  
Größe Maßmaß! Billigste Preise!

**Wilh. Delor**  
Magdeburg-Neustadt, Friedrichstraße 3  
Tischlerei u. Möbelmagazin  
Gute Ausführung, Schlafzimmer, Speisezimmer, Küche, Schrank, Vertikal, Tisch, nur gute und neue Werk, billig. 416  
Tische in allen Größen stets am Lager.











Sondertage

für

Wohlfeile Woche!

Sondertage

für

290

Mittwoch — Donnerstag — Freitag — Sonnabend — Sonntag

Damen-Konfektion

Propaganda-Preise! Verlangen Sie die annoncierten Artikel!

- Kostüme aus engl. gemusterten Stoffen, mit Gürtel und Knopfgarnierung 9.75
Blaue Kammgarn-Kostüme mit mod. Ausputz 15.25
Sportjacken in prächtigen Modifarben, sehr schick und kleidsam 8.75
Schwarze Tuch-Paletots tadelloser Sitz, halbares, helles Futter 19.75
Englische Kostümröcke Auch für starke Damen! 1.35
Blusen aus Wollbatist in vielen Farben, in allen Größen 1.95

Eine allwöchentlich wechselnde, umfassende

Modenschau

bieten meine 6 Schaufenster!

Schuhwaren

- Konfirmanten-Stiefel für Knaben und Mädchen mit und ohne Lackkappe 6.75 5.25 4.75
Damen-Schnürstiefel braun, Derby, Lack, Preßfalten 6.75

Kleiderstoffe

Besonders vorteilhafte Kaufgelegenheit für Konfirmanden!

- Cheviot ca. 108/110 cm breit, in marine, schwere Qualitäten . . . Meter 1.40 1.15
Serge ca. 108/110 cm breit, meine Spezialmarke . . . . . Meter 2.20 1.90
Kostümfstoffe in englischem Geschmack, ca. 130 cm breit . . . . . Meter 1.50 1.25
Popelin ca. 95 cm breit, besonders gut im Tragen, großes Farbensortiment . . . . . Meter 1.85
Mohär-Cheviot ca. 90 cm breit, extra schwere Qualität, in vielen modernen Farben . . . . . Meter 1.40
Coteline ca. 89/90 cm breit, in den neusten Farben . . . . . Meter 1.70

Kaufhaus

Ratswageplatz 1 und 2 An der Fontäne

Adolph Michaelis

Achtung! Olvenstedt. Achtung! Der Kaninchen- und Geflügelzucht-Verein feiert am Sonnabend den 7. März sein diesjähriges Wintervergnügen verbunden mit Kappensest unter Mitwirkung des Turn- und Athletenvereins.

Eine elegante preiswerte Wohnung-Einrichtung für nur 465 Mk. bestehend aus: 1 Wohn- od. Speisezimmer: 1 Büfett oder Schrank und Bettsofa 113.00, 1 Truhen- od. Umbau 30.00, 1 Plüschsofa 15.00, 1 Ausziehtisch 20.00, 4 Stühle 32.00. 1 Schlafzimmer: 1 Schrank mit Spiegel 42.00, 2 schwere engl. Betten und 2 Matrasen 80.00, 2 Nachtschränken 20.00, 1 Waschtisch, Marmor 26.00, 2 Stühle, Gardinenschalter 9.00. einer modernen Kucheneinrichtung 18.00. Möbelhaus Jentsch, Breitweg 188, Hofgebäude.

Nahrungsmittel- u. Buttergeschäft in bester Lage ein. reichsten Industrieort, Nähe Magdeburgs, wegen andrer Unternehmungen preiswert zu verkaufen. Das Geschäft ist flott im Gange, wirkt guten Nutzen ab, sichere Prospektive. Zur Uebernahme sind ca. 2500 Mk. erforderlich. Nachschmann kann vom Besten angelernt werden. Offerten unt. B 552 an die Exped. ds. Blattes.

Anzüge und Hüter schon von 10 Mt. an. gerückte spottbillig, fast für die Hälfte. 958 Jakobstraße 17, 1.

Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Magdeburg, Peterstr. 1 (altes Harmoniegebäude) vom 14. Februar, nachm. 4 Uhr, bis 8. März einschließl. Täglich geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends (Sonntags bis 7 Uhr abends) für Personen beiderlei Geschlechts über 16 Jahre. Montags und Donnerstags von 4 Uhr nachmittags an nur für Frauen. Täglich ärztliche Führungen. — Zweimal wöchentlich besondere ärztliche Vorträge. Eintritt 25 Pf. 642 Eintritt 25 Pf. Freitag den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. med. Schreiber: Der Kampf gegen die Syphilis (mit Lichtbildern).

ZENTRAL-THEATER Das grandiose März-Programm! Schlager auf Schlager. Gerene Nord die berühmte amerikanische Schönheit u. Schwimmbüchse. Senjations- Leistungen im 278 Riefenbassin! José de Milos Radium-Platins-Kolossal-Monumente und die weiteren Attraktionen. Sonntag 8 1/2 Uhr: Kleine Preise! Vollständiges Programm.

Möbel-Spezialhaus Friedrich Lorenz 17 Peterstrasse 17. Für die Realität dieses Angebots bürgt mein seit 16 Jahren bestehendes Geschäft; nur gut gearbeitete Möbel und Polsterwaren. 1 Wohnzimmer: 1 Schrank, nußbaum, mit nußbaum, mit Spiegel, 1 Truhen, geschliffen, mit Emse, 1 Sofa- oder Ausziehtisch, 1 Sofa nach Wahl, 4 Stühle mit Säßen. 1 Schlafzimmer: 2 Bettstellen, Satin, engl., 1 Patent-Matrasen, 1 Toilette mit Marmorplatte und Spiegel, 2 Nachtschränke mit Marmorplatten, 2 Stühle, hell poliert, 1 Handtuchhänder. 1 Küche, buntfarbig gestrichen: 1 Büfett mit Ver- glasung, 1 Anrichtisch, 1 Rahmen, modern, 1 Seltzer, 2 Stühle. Für nur 500 Mark — Nur sachgemäße, kulante Bedienung. — Hunderte von Anerkennungs-schreiben für tadellose, wünschgemäße Lieferungen liegen zur gefälligen Einsicht aus. — Eigene Tapezier-Werkstätten. — Außerdem empfehle: 1 echt eichen Speisezimmer in jeder Farbe. 1 Herrenzimmer, Schlafzimmer in eiche oder birke und eine naturpolierte oder in jeder andern Farbe gefällige Küche für 900 Mark. Transport frei, auch nach außerhalb, durch eigene Gespanne.

Konzert Haus Burg. Operetten-Abend Montag den 9. März 1914, abends 8 1/2 Uhr: Einmaliges Gastspiel des neuen Berliner Operetten-Ensembles. Der größte und sensationellste Operetten-Schlager der Neuzeit. Uebernahme des Operetten-Ensembles! Größter Sacherfolg! 549

Freireligiöse Gemeinde. Freitag, 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gemeindehaus, Marktstraße 1. Tagesordnung: 1. Bericht über den Lehrplan. 2. Festlegung der Jugendbeiräte. 3. Sonntagsges. Der Vorstand.

Union-Theater Schönebeck, Salzer Str. 3. Der neue Prachtspielplan enthält 8 Schlager erster Güte. Monopol-Film! Die Nacht zuvor äußerst spannend. Stützen-Drama in 3 Akten. Nur f. Erwachsene. 2. Schlager! Luny als Chinese, tolles Lustspiel von festlicher Handlung u. drohlichen Situationen. Bei glanzv. Inszenierung ein unübert. besent-pikantes Spiel. 3. Schlager! Wenn die Glocken läuten, ergreift Lebensbild in 2 Akten. In der Hauptrolle Henni Weide, der Liebling des Publikums. Alles übrige ist erstklassig und bietet Ihnen einen ungetrübten Genuß. — Ein Programm des guten Geschmacks. Ab Sonnabend: Engelstein mit Alta Nielsen. Freundlich ladet ein Gotthold Künzel.

Tangofieber Operette in 3 Akten mit Gesang und Tanz von Karl Konrad, Musik von Thomas Reinhard. Die Senjation von 1914! Täglich ausverkauft! Im zweiten Akt: Original-Salon-Tango, einstud. v. d. herzgl. Ballettmeisterin und Solotänzerin Frau Friedrich Donath, Berlin. Erstklassige Sänger und Sängertinnen! Brillante Tänzer u. Tänzerinnen! — Nur dieses eine Gastspiel! — Preise der Plätze: Im Vorort: Bei Hrn. Buchhändler Sch. u. J., Sperrtag 1.50, 1. Platz 1.00, 2. Platz 0.75, Galerie 0.50. A. d. Abendkasse: Sperrtag 1.75, 1. Pl. 1.25, 2. Pl. 1.00, Gal. 0.60. Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Widersleben. Arbeiter-Sängerbund. Freitag den 6. März, abends 8 1/2 Uhr. Strazlewitz-Konzert im Fürstenhof. Programm im Vorverkauf a 30 Pf. frei in den Tagen des Konzertes zu haben. Abendkasse 40 Pf. — Einen genussreichen Abend versprechend, ladet freundlich ein Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Schönebeck (A.-T.). Unsere Mitglieder zur Kenntnisnahme, daß der Arbeiter-Turnverein in Eggersdorf sein diesjähriges Rappensest am Sonnabend, 7. März, im Saale der Tonhalle in Schönebeck feiert. Wir eruchen deshalb unsere Mitglieder, sich recht zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand. NB. Unsere Mitgliederber- sammlung findet am Sonnabend den 14. März im „Stadtwerk“ statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. D. D.

Stephanshallen — Str. Rich. Fraherz. 1 Abends 8 Uhr 900 Varieté-Vorstellung. Streng dezentel Programm für Familien-Sublikum. Vorgeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Stadttheater Donnerstag den 5. März Einmaliges Gastspiel Ulla Saccar. Das Glöckchen des Eremiten.

Wilhelm-Theater Donnerstag und folgende Tage Der große Schlager! Unübertreffliche Erfolg! Sensationelle Novität! Prachtvolle Ausstattung! Wie einst im Mai.

Rosina-Theater. fr. Sierarts Variété. 514 — Große Junkerstraße 12. — Täglich, von 8 Uhr an: Theater- und Variété-Vorstellung. Eintrittspreise Wochentags: 1. Platz 20 Pf., Saalplatz 10 Pf., Sonntag v. 11-3 Uhr. Abends 8 Uhr. Es ladet ein Ww. M. Ebert.

Fürstenhof-Theater Sing. Bräutchen. Zum erkennen! Das Haus am jähwurz Moor. Ged. hochst. romant. Sens. Schl. in 3 Akten. 1. Akt Der Todfeind 2. Akt D. verfl. Haus 3. Akt Wanderers. Vorher das neue glanz. Spezialitäten-Programm. Vorzugst. gelten.

Zirkus-Theater. — Letzte Woche! — 577 Täglich 9 1/2 Uhr: Ich lasse dich nicht.

# Warenhaus Gebr. Barasch.

Ein Waggon

Extra-  
Preise

## Emaillé-Eimer

Extra-  
Preise

<b>Eimer 68</b> <small>28 cm, grau . . . Stück</small>	<b>Eimer 78</b> <small>28 cm, neublau . . . Stück</small>	<b>Eimer 85</b> <small>28 cm, weiß . . . Stück</small>	<b>Eimer 88</b> <small>28 cm, braun . . . Stück</small>
---	--	---	--

Heute Donnerstag  
**Letzter Verkaufstag**  
 für 39-Pfg.-Artikel.

Heute eintreffend:  
**Safermast-Gänse**  
 gefroren, Pfund 50 Pf.

**Elektrische Anlagen**  
 jeder Art und jedes Umfangs  
 installiert billigst unter Garantie  
**P. Soltau Nachf.** Joh. H. Wilhelm  
 Burg, Klosterstraße 8, Fernruf 561.  
 Letztes Spezialgeschäft für elektrische Stromverrichtungen.  
 Schnellste Schickung. 549 Teubener Ring.

**Gebräuchtes Packklein**  
 August Stietzel  
 Pfeifersberg Nr. 12.

**Konfirmations-Giefel**  
 H. Schütze, Pfeifersberg Str. 115.  
 Reparaturen fargelöst.

**LOTTERIE**  
 80000  
 63500  
 10000  
 Los 50 Pf. 11  
 August Stietzel  
 Pfeifersberg Nr. 12.

**Gelegenheitslauf**  
**Regenschirmen!**  
 August Stietzel  
 Pfeifersberg Nr. 12.

**Hedwig Behrens**  
 im Alter von 25 Jahren nach  
 langem Leiden am Dienstag  
 mittag sanft eingeschlafen ist.  
 Sudeburg, den 4. März.  
 Die trauernd Hinterbliebenen  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag nachmittag 3 Uhr von  
 der Kapelle des neuen Sude-  
 burger Friedhofs aus statt.

## Réunion

CIGARETTEN

Vineta 8 <sup>er</sup> . . . 2 <sup>4</sup>	Allons . . . . 4 <sup>4</sup>
Clematis . . . 3 <sup>4</sup>	Sternebanner 5 <sup>4</sup>

Warten Sie

mit dem Einkauf Ihrer Frühjahrs-Garderobe oder Konfirmations-Anzug für Ihren Sohn bis **Freitag den 6. März, nachmittags 4 Uhr.** ~~Das~~ ~~36~~ ~~eröffne~~ am diesem Tage in

M.-Neustadt, Lübecker Straße 30a, Ecke Luisenstraße.

ein Geschäft

Moderner Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung.

Spezialität: Anfertigung nach Maß      Arbeits- und Berufsbedingung

Ich führe nur haltbare, gediegene Ware zu erschwinglichen Preisen. Wenden Sie einen Besuch und Sie werden bewundern können bei mir werden. ~~307~~ Jedes Kind erhält ein Geschenk!

Ernst Borchers (langjähriger Vertreter der Firma H. Casper).

**Gebrauchtes Packklein**  
 August Stietzel  
 Pfeifersberg Nr. 12.

**Teppiche**  
 Jakobstr. 17, 1. Etage.

**11 Morgen Obstplantage**  
 Jakobstr. 17, 1. Etage.

**Gleichherlehlung**  
 August Stietzel  
 Pfeifersberg Nr. 12.

**H. Wacker,**  
 Danksgiving.

**Sozialdemokr. Verein f. d. Wahlkreis Jerichow 1 u. 2.**  
 Filiale Burg.

**Todesanzeige.**  
 Am 2. März, nachmittags  
 4 Uhr, erlöste der Tod von  
 einem seit 25jährigen  
 qualvollen Leiden (Gicht)  
 meine innigstgeliebte Frau,  
 unsere Mutter, Schwieger-  
 und Großmutter  
**Berta Stecher**  
 geb. Röhring  
 im 61. Lebensjahre. 545  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
 Fr. Stecher u. Kinder.  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag den 6. März, vor-  
 mittags 11 Uhr, vom Tramer-  
 haus, Speicherstraße 20, aus  
 statt.

**Rachrat.**  
 Am Dienstag morgen um  
 9 Uhr verstarb unser Genosse,  
 der Schuhmacher  
**August Wulkau**  
 im Alter von 57 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Freitag, vorm. 11<sup>1/2</sup> Uhr,  
 von der Friedhofskapelle  
 aus statt. 757  
 Die Filialleitung.

**Sozialdemokr. Verein f. d. Wahlkreis Jerichow 1 u. 2.**  
 Filiale Burg.

# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg 4. März 1914.

## Nationalliberale gegen Fortschrittler.

Der große Fortschrittsreinfall von Jerichow war am Dienstag in Richards Festhallen unentgeltlich zu besichtigen. Stadtrat Wolff hatte die Erläuterung übernommen und sich dazu einen großen Wunderbeutel umgehängt. Er hat sich gewundert über die unparteiische Magdeburger Zentral- und General-Anzeiger-Presse, die Kobelt 1907 und 1912 in den Himmel gehoben hat und ihn für Jerichow abrubsteln ließ. Und erst die „Magdeburger Zeitung“, die früher spaltenlang die Medien übers Kobelt brachte und 1914 statt dessen Schiele-Notizen. Ueberhaupt ging es bei den nationalliberalen Bundesgenossen recht vertrauenswürdig zu. In jedem Ort und Kreis eine andre Stellungnahme; Magdeburg, Burg, Genthin hatten jedes besondere Wünsche und Ansichten. Kobelts Magdeburger Mitarbeiter Gruson trieb dem Fortschrittskandidaten den nationalliberalen Helfer Freiherrn v. Richthofen ab, nachdem der nationalliberale Parteisekretär Calchow im Auftrag der Bürger Nationalliberalen mit diesem guten Beispiel vorangegangen war. Die Hauptfrage war freilich, daß es den Fortschrittler an Organisation, an Geld und an einer Presse fehlte. Ferner blieben die sozialdemokratischen Ueberläufer aus, auf die die Firma Kobelt-Wolff-Wer mit Sicherheit gerechnet hatte. Aber: Wurst wider Wurst! Gaben die Nationalliberalen Kobelt in Jerichow zu Falle gebracht und die Konservativen gestützt, so habe er, Wolff, in Stendal-Osterburg schon jetzt dafür gesorgt, daß die nationalliberale Rechnung ein großes Loch bekommen werde. Durch unablässige Agitation wird die Fortschrittspartei ihre Stellung verlieren. Und wenn auch sonst alles in Trümmer ging: Kobelt bleibt der Fortschrittspartei erhalten. Er wird sich wieder zur Verfügung stellen, wenn die Partei ihn ruft.

Wilhelm Kobelt bestätigte das und unterstrich sein Gelöbniß durch kräftige Faustschläge auf den Tisch. Er beschwerte sich als zweiter Medner über die brutale und gemeine Art, mit der er von allen Seiten bekämpft worden sei. Dahingegen waren die Fortschrittler vornehm bis zum bitteren Ende.

Der nationalliberale Sekretär Calchow hielt den Fortschrittler ihre Fehler vor. Die Auffstellung Kobelts als liberaler Kandidat war eine Täuschung der Wähler, denn die nationalliberale Partei war von Kobelts Kandidatur vorher nicht unterrichtet worden. Weiter hätte Kopich mit seiner Raberrede in Burg viele Nationalliberale abgestoßen, in der Stichwahlfrage hat Kobelt Ausweichungen verschunpft, und überhaupt wäre es eine ganz ausgefallene Idee gewesen, einen Reichstagskandidaten und Fortschrittler in einem ländlichen Kreis aufzustellen. Den Freiherrn v. Richthofen hat er, Calchow, den Fortschrittler allerdings abgetrieben und Gruson habe ihn darin unterstützt. Aber das ist nicht geschehen, um Kobelt zu schaden, sondern um ihn zu nützen.

Dieser Tabak war selbst dem vertrauensseligen Wolff zu hart, während Wilhelm Kobelt die Freie gläubig geschmüpft hatte, als sie Gruson ihm privatim präentierten. Daneben plauderte Herr Wolff noch aus, daß er schon anderthalb Jahre vor der Wahl mit Schäffer wegen der Kobelt-Mandatur Fühlung genommen habe; Schäffer hat Bedenken nicht gehabt. Im andern Falle würden sich die Fortschrittler nach einem andern Kandidaten umgesehen haben. Nun stritten sich die Liberalen über das Fell des Stendal-Nierburger Bären, der noch nicht erledigt ist. Daß die Sozialdemokraten dies Mandat vergeblich, daran dachte keiner. Zunächst haben unsre Genossen dort gute Lusthütten in die Stichwahl zu kommen. Sollten sie wider Erwarten ausfallen, so werden sie sich die Kandidaten sehr genau ansehen, die um ihre Stimmen werben.

Da der rote die unmaßgebenden Aeußerungen Calchows gegen die Sozialdemokratie zurück und bewies, daß auch Nationalliberale gern die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen unterstützen, wenn sie dadurch Mandate ergattern können.

Das Ergebnis der Versammlung ist: Bei den Fortschrittler bleibt alles wie bisher, weil das Bürgertum, wie Wilhelm Kobelt richtig feststellte, nur mit dem Elbogen ins Fortemonaie kommt, nicht aber mit der Hand. Die Fortschrittler lassen sich von den Nationalliberalen alles gefallen, denn sie rechnen noch immer damit, daß Kobelt wieder als Sammelmkandidat für Magdeburg akzeptiert wird. Material gegen Kobelt hat Kobelt ja in der Jerichower Wahlkampagne in Fülle geliefert. Also kann's ja nicht fehlen.

Die Konservativen auf dem Vormarsch. Nachdem die Magdeburger Konservativen jahrelang im Gartenhof des Hotels „Weißer Bär“ ein behagliches Stilleben geführt und nur bei außerordentlichen Angelegenheiten sich öffentlich bemerkbar gemacht haben, wickeln sie jetzt Morgenluft. Am Dienstag abend hatten sie unter der neuen Leitung bei 20 Fig. Entree eine öffentliche Versammlung riskiert, die von etwa 250 Personen besucht war. Das Magdeburger Konservativen aufzuwecken hatte, vom Regierungspräsidenten bis zum letzten Rest der noch vorhandenen amtlichen Beamten, war erschienen. Selbst aus der nächsten und weitern Umgegend von Magdeburg waren die preisgünstigen Unentgeltlichen herbeigekommen. An der Ehrentribüne, die vor der Bühne aufgestellt worden hatte, saßen mehr Breuherhändler, als früher unter der Leitung Schenk's im „Weißer Bär“ Verammlungssteilnehmer vorhanden waren. Oberlehrer Professor Dr. Köcher eröffnete die Versammlung mit einer tiefgründigen Betrachtung über den Unterschied zwischen Republik und Monarchie, die in den Worten gipfelte: „Eine solche konstitutionelle Monarchie, wie wir sie mit all ihren Einrichtungen in Preußen haben, die macht uns Konservativen keine Republik nach.“ Dann kam das Hoch und dann kam der Landtagsabschluß. Landrat a. D. v. Götler mit einem Referat von netto 35 Minuten über die „Ziele der Demokratie“. Früher bestand eine heile Scheidewand zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Das ist jetzt anders geworden. Die Sozialdemokratie verneigt einen ihrer Grundzüge nach dem andern. Die Partei hat sich sogar mit dem Kapitalismus ausgesöhnt, denn — Rebel war selbst Kapitalist! Das Heer von gutgehabten Angehörigen in Partei und Gewerkschaft will von der allgemeinen Isolation nichts mehr wissen. Die Annäherung dieser Partei an die bürgerlichen Parteien bis zu den Nationalliberalen und umgekehrt ist unbestreitbar. Diesem Treiben, das unter dem Ruf: Vermehrung der Volksrechte, nur darauf beruht, die alten traditionellen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, muß entgegengetreten werden. Ebenso muß gegen jede Einschränkung der Kommandogewalt des Kaisers oder gegen eine Demokratisierung der Armee protestiert werden. Daß Festhalten vom Reichstag votiert werden, ist falsch. Die Konservativen haben alles bewilligt, aber diesen Weg sind sie nicht gegangen. Das preußische Wahlrecht hat keine Änderung nötig, aber noch das Reichstagswahlrecht. Es ist tief bedauerlich, daß die liberalen Parteien immer mehr in das Fahrwasser der Demokratie geraten. Die Regierung ist schwach, Anstatt zu führen, läßt sie sich führen. Die Konservativen müssen sich jetzt in die Reihe stellen, denn — die Welt leuchtet förmlich nach der konservativen Ordnung. Günstig wird es noch gelingen, wieder wie früher mit den Nationalliberalen zusammenzugehen zu können.

In der Diskussion gab Redakteur Gschäuer den Konservativen gute Ratschläge, wie sie wieder zu Macht und Ansehen gelangen können. Der Generalmajor Rogge (Bremge) trat der Ansicht des Referenten, der Breuherbund existiere nicht mehr, entgegen. Wir im Breuherbund leben noch und wir werden an dem Bergfried der Stadelle Deutschlands, nämlich Preußen, nicht rütteln lassen. Der konservative Doktor Greiner warnte die Konservativen eindringlich vor der Zu-

stimmung zu einem Ausnahmegesetz zum Schutze der Arbeitswilligen.

Damit war Schluß. Der Referent schloß nur noch über die Schwierigkeiten, gegen die Vertreter anderer Parteien in großen Versammlungen zu reden.

## Frauenrecht ist Menschenrecht

Ueber dieses Thema spricht

**Frau Dr. Wally Zeppler (Berlin)**

am Sonntag den 8. März, nachm. 3 Uhr,  
im „Luisenpark“, Spielgartenstraße Nr. 1c  
in einer öffentlichen

## Frauenversammlung

Frauen, erscheint zu Tausenden in dieser Versammlung!

— Einen musikalischen Unterhaltungsabend wird am kommenden Montag der Arbeiter-Bildungsausschuß im „Luisenpark“ veranstalten. Das Programm ist lediglich einheimischen Kompositionen gewidmet. Außer Chorliedern, die die vereinigten Arbeiter-sänger von Sudeburg und Neustadt zum Vortrag bringen, wird eine Reihe von Sololiedern gesungen werden, zu welchem Zwecke die Konzertsängerin Fräulein Rusche ihre Mitwirkung freundlich zugesagt hat. Außerdem werden Klavier und Geige in den Dienst des Abends gestellt werden. Eine ausführlichere Vorbesprechung des Programms werden wir am Sonnabend veröffentlichen. Schon jetzt ist die Nachfrage nach Eintrittskarten sehr reg. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß diese in der Buchhandlung Volksstimme und bei den Gewerkschafts- und Parteifunktionären für 30 Fig. zu haben sind, an der Abendkasse aber 40 Fig. kosten.

— Arbeiterjugend. Heute abend findet für Sudeburg ein Musikabend bei Flemming (Deutscher Hof, St.-Michael-Straße) statt. Für Sudeburg wird am Donnerstag ein Unterhaltungsabend (Musikvorträge und Rezitationen) in der „Italia“, Lorotheenstraße, veranstaltet. Die Veranstaltung findet im Saale statt. Die Eltern der Jugend sind freundlich eingeladen. — Die Neue Welt trifft heute abend im „Weißer Bär“, die Neue Welt der Georgenplatz 10.

— Beschädigungen der Führer-Automaten des Verkehrsvereins. Wie uns der Verkehrsverein mitteilt, werden seine beiden Führer-Automaten, am Hauptbahnhof und am Breiten Wege gegenüber der Ulrichstraße, häufig durch Haarnadeln, Bleistifte und sonstige Gegenstände außer Tätigkeit gesetzt. Abgesehen davon, daß dadurch für den Verkehrsverein nicht unerhebliche Reparaturkosten entstehen, wird das Fremden-Publikum geschädigt, das die praktischen kleinen Führer mit großem Stadtplan aus den Automaten entnehmen möchte. Der Verkehrsverein bittet die Magdeburger Bürger, diesem Unfug durch Anzeige oder, da es sich meistens um Kinder handelt, durch persönliches Einschreiten zu steuern. Die Bevölkerung unserer Stadt muß den Fremden zeigen, daß sie reif ist, solche Verkehrseinrichtungen zu würdigen.

— Die März-Ausstellung des Kunstvereins (Brandenburger Straße 9) wird am Donnerstag um 10 Uhr eröffnet. Sie enthält Kollektionen des vor 2 Jahren verstorbenen Weimarer Landschafters Karl A. r. p., der in seinem Lebenswerk vor allem das Hochgebirge mit seiner gigantischen Pracht in allen Variationen dargestellt hat, dann eine Sammlung reizvoller Park- und Feldlandschaften von Emmi Frühling (Braunschweig) und — was ganz besonders hervorzuheben zu werden verdient — eine reichhaltige Auswahl älterer und neuerer ausländischer Werke Ferdinand Hodlers. Der Kunstgewerbeverein zeigt uns prächtige Graphik des Magdeburger Oswald Bohl, Keramiken von R. von Heider (Schongau) und heftige Kunstspinnereien und Gläser nach Entwürfen von Professor Christjanien und Architekt Bentinger, Darmstadt. Wie bekannt ist die Ausstellung täglich geöffnet von 10 bis 3 Uhr und der Eintritt für Mitglieder des Kunst- bzw. Kunstgewerbevereins frei.

— Volkstümliche Vorlesungen. Am Freitag den 6. März fällt der Vortrag des Dozenten der Naturwissenschaft Dr. Pirichberg über den „Krieg des Mittelalters“ wegen Behinderung des Vortragenden aus. Der letzte Vortrag findet deshalb am Freitag den 13. März in der Aula der Augustaschule statt.

— Wissenschaftliche Nachmittags-Vorträge. Der Dozent der Naturwissenschaft Dr. Pirichberg ist am Freitag den 6. März verhindert, seine Vorlesung über „Beethoven“ zu halten. Der letzte Vortrag findet deshalb am Freitag den 13. März in der Aula der Luisenschule statt.

— Eineingelegte Blumenkäufer. In der Wilhelmstadt boren am Dienstag Straßenhändler lebende Pflanzen zum Kauf an, angeblich aus eigener Gärtnerei. Besonders wussten sie eine fleiblättrige Pflanze mit roten Blumen zum Preis von 50 Pf. an den Mann zu bringen. Bei näherem Hinsehen mußten leider die Käufer die Entdeckung machen, daß die Blumen angebrachte Strohblumen waren. Da die Kaufleute eine sehr rege war, ist das Geschäft sicher recht erträglich, um so mehr als der wirkliche Verkaufswert der Pflanze nur 20 Pf. beträgt.

— Kollektionschwindel. „Internationale Schriftstücken“ nennt ein Kaufmann in Frankfurt a. M. ein Unternehmen, mit dem er angeblich unentgeltliche Krankenpflege bezweckt. Er hat eine Anzahl sogenannter Krankenschwestern angenommen und nach verschiedenen Städten geschickt, die von Haus zu Haus gehend das religiöse Plänkchen „Es werde Licht“ vertreiben. Die Schwestern gebrauchen beim Verkauf der Schrift an den Türen die Worte: „Für unentgeltliche Krankenpflege“, für „Mitteln“, für die Armen“ und dergleichen und haben bereits 15000 Stück solcher Druckschriften für 10 Pfennig das Stück abgesetzt. Sie tragen Schwärzkleidung (dunkelblaues Kleid mit weißen Punkten, schwarzen Mantel und schwarzes Häubchen mit weißer Einfassung). Krankenpflege ist noch nicht geleistet worden, vielmehr sind die Entnahmen zur Unterhaltung der Unternehmer und des Personals verwendet worden. Es besteht der dringende Verdacht, daß es sich um einen jener Schwindel handelt, die jetzt überall aufstehen und nur der Verhinderung des Inhabers dienen. Vor einiger Zeit wurde vor den auch hier aufgetauchten „Schwestern vom schwarzen Kreuz“ gewarnt, die von Breslau aus geschickt wurden. Die oben erwähnten Schwestern sind bereits nämlich bei dem Unternehmer in Breslau tätig gewesen. Vor ihnen sowie vor allem unerlaubten Kollektieren wird gewarnt und gebeten, der Kriminalpolizei Nachricht zu geben, wenn hier derartige Personen aufstehen und die genannte Schrift anbieten sollten.

— Unfall. Der Arbeiter Max Koch, wohnhaft in Groß-Otterleben, erlitt am Mittwoch vormittag auf einem Bau in Reibemee einen schweren Unfall. Ein Raufen mit Infarkt im Gewicht von etwa 4 Centnern fiel dem Arbeiter in den Rücken. Der Verunglückte wurde nach der Krankenkasse Alstadt gebracht.

— Selbstmord. Am Mittwoch vormittag hat sich der Fleischermeister G. aus der Großen Wühlstraße in seinem Pferdehals Sulfur-Adolf-Straße erhängt. Ueber das Motiv der Tat war Näheres nicht zu ermitteln.

× Gestohlen wurden in der „Wilhelma“ in der Albeder Straße gelegentlich des Hochfestes einem Herrn aus der Laube eine silberne Herrerenmontur nebst goldener Schafentette; aus einem Schaufasten, der in einem Handschuh in der Jakobstraße angebracht ist, zehn Photographien; vom Hofe des Grundstücks Agnetenstraße 25 ein Fahrrad „Grüde“; aus einem Grundstück in der Bismarckstraße eine Handtasche mit mehreren Schlüsseln; in einem Restaurations-Garten Großer Stadtmarsch aus einem Automaten, der gewaltig geöffnet ist, etwa 100 Tafeln Schokolade; aus einer Schaufentastung in der Albeder Straße ein Winterüberzieher; von einem Hofe am Buttersteig drei Hemden und drei Unterhosen sowie mehrere Taschentücher.

× Zu Haft genommen wurde hier der Arbeiter Johannes Hertel, der vor einiger Zeit aus dem Gerichtsgesängnis in Wanzleben entwichen ist.

— Blinder Bärm. Auf eine Feuermeldung in der Nacht zum Mittwoch rückte Löschzug 3 nach dem Bahnhof Neustadt aus. Die Meldung erwies sich als blinder Bärm. Von einem Zuge hatten sich am Bahnhof Neustadt mehrere Wagen gelöst, welche auf offener Strecke stehen geblieben waren. Der Bremser dieser Wagen entzündete daraufhin eine Reisfackel, deren Schein Veranlassung zur Feuermeldung gab.

## Konzerte, Theater etc.

Mitteilungen der Direktoren.

\* Stadttheater. Alma Saccur, die hier bestbekannte Künstlerin, wird am Donnerstag ein einmaliges Gastspiel absolvieren, und zwar als Rose Triquet in Mailarts komischer Oper „Das Glöckchen des Eremiten“. Bei dem hohen Ansehen, das der gern geliebte Gast im Publikum genießt und dem ausgeprochenen Charme der Künstlerin für solche Rollen ist zu erwarten, daß das „Glöckchen“ seine schelmische Anziehungskraft doppelt beweisen wird. „Falstaff“ Verdis lyrische Komödie, wird, wie bereits bekanntgegeben, am Freitag zum ersten Male nach langer und sorgfältiger Vorbereitung gegeben werden. Die Oper kommt insofern unter den günstigsten Auspizien heraus, als Kapellmeister Joseph Göllrich die persönlichen Anordnungen und Weisungen des Autors kennen gelernt hat. Ferner war es möglich, die sehr schwierigen Partien recht günstig zu besetzen, und schließlich konnten die umfangreichen Vorbereitungen der Regie mit großer Sorgfalt rechtzeitig zu Ende geführt werden. So wurden die Vorbedingungen für eine erstklassige Aufführung des letzten Bühnenwerks des großen Meisters erfüllt. Möchte sich auch das Interesse des Publikums dafür entsprechend gestalten.

\* Zentraltheater. Während der letzten Tage wollten verschiedene bedeutende Fachleute des Varietés im Magdeburger Zentraltheater, um sich den gegenwärtigen Spielplan anzusehen. Die Herren gaben übereinstimmend ihrem Urteil über die Zusammenstellung des Programms dahin Ausdruck, daß auch der jetzige Spielplan ein wirklich wertvoller sei, wie er geübener in den größten Metropolen nicht geboten wird. Das Magdeburger Zentraltheater rangiert mit in der ersten Reihe der internationalen Spezialitätenbühnen und sein Ruf ist weit hinaus in die Lande gebrungen. Auch ist das Renommee des Zentraltheaters ein gewichtiger Faktor für alle Propagandaarbeiten zugunsten Magdeburgs, und jeder Artist rechnet es sich zur Ehre an, nach untrer Stadt kommen zu können, da er weiß, daß bei dem Publikum der alten Elbestadt auf verständnisvolle Aufnahme zu rechnen ist.

\* Zirkus-Theater. Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, wird zum letzten Mal „Ich lasse dich nicht“ gegeben. Freitag ist der letzte Repertoierewechsel. Gegeben wird an diesem Abend eine Komödie „Der verfloßene Reßdorf“, Schauspiel in 5 Akten, nach dem gleichnamigen Roman von Hedwig Courths-Mahler, der Verfasserin von „Ich lasse dich nicht“. Das Stück erzieht in allen Großstädten unzählige Aufführungen. Da am Sonntag die letzte Vorstellung des Berliner Thalia-Ensembles stattfindet, kann „Der verfloßene Reßdorf“ nur 3 Tage gespielt werden. Vorzugskarten sind gültig.

## Letzte Nachrichten.

### Die Wahl von Stendal ungünstig!

SpB. Berlin, 4. März. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte heute die Wahl des Abgeordneten Hoersch (Kouj.) von Stendal-Osterburg mit acht gegen sechs Stimmen für ungünstig.

SpB. Berlin, 4. März. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Bei der Beratung des nationalliberalen Schutzollantrags im Abgeordnetenhaus gab heute der Handelsminister Sydow namens der Regierung folgende Erklärung ab: Die bisherige Wirtschaftspolitik hat sich glänzend bewährt und den Interessen der Verbraucher nicht geschadet. Ein Abbau sei deshalb nicht nötig, eine Verstärkung des Zollschutzes auch nicht. Das Reich hat an stabilen Verhältnissen Interesse, es werde deshalb die Handelsverträge nicht kündigen. Sollte das vom Ausland gewünscht, sei Deutschland gerüstet durch eingehende Vorarbeiten. Sydow forderte dann die schaffenden Stände zur Zusammenarbeit auf und erklärte, daß er gegen den nationalen liberalen Antrag nichts anzuwenden habe.

Sp. Straßburg, 4. März. Hier kam es heute zwischen Straßburger Infanteristen und den auf badischer Seite garnisonierenden Wienern in Rehl zu einer blutigen Schlägerei. Etwa 100 Wiener verfolgten 40 Infanteristen des Straßburger 132. Infanterie-Regiments, die einen Spaziergang von Straßburg nach Rehl gemacht hatten. Die Wiener stellten sich den Infanteristen an der Rheinbrücke entgegen, wo es zu einem blutigen Zusammenstoß kam. Einer der 132er wurde schwer, verschiedene andre leichter verletzt.

Wb. Reg. 4. März. Die Strafkammer verurteilte gestern den Alerer Picaut aus dem Kreise Chateau-Salins in Lothringen wegen Verabredung über den Verrat militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Wb. Paris, 4. März. In parlamentarischen Kreisen ist man nunmehr überzeugt, daß die für den 26. April anberaumten allgemeinen Kammerwahlen nach dem bisherigen Bezirkswahlgesetz vorgenommen werden. In der Tat hat der Senat gestern durch die Ablehnung des Antrags, die Wahlreform auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, deutlich seinen Willen bekundet, sich mit der Erledigung dieser Frage nicht zu befassen.

Wb. Paris, 4. März. In der Nähe des Bahnhofes Hendaye ist gestern abend ein Zugführer auf merkwürdige Weise ums Leben gekommen. Als der Zug Nr. 15 auf dem Bahnhof Hendaye einlief, fuhr er über eine Drehscheibe, auf der auch ein Güterwagen stand. Der Zugführer hatte zufällig kurz vorher die Kollatur des Güterwagens aufgehoben, um hinauszugehen. Der Wagen war jedoch zu weit an das Gleis herangeköhrt worden, auf dem der Zug Nr. 15 heranzufuhr. Dieser fuhr die geöffnete Tür und schlug sie mit so großer Gewalt zu, daß sie dem unglücklichen Zugführer den Kopf glatt vom Rumpfe trennte. Der Verunglückte ist 20 Jahre alt und Vater mehrerer Kinder.

Paris, 4. März. In Neaur-Lenterte auf der Karne ein mit zwei Personen besetztes Boot. Die Leichen der Verunglückten konnten noch nicht geborgen werden. Einer von ihnen ist der Pariser Advokat Sigard.

## Wettervorhersage.

Donnerstag den 5. März: Zeitweise aufwühlender West, trüb, vielfach Regen.

Für den

**Umzug!**

# Extra-Angebote in Gardinen

## Gardinen

hundertfache Auswahl, neueste Muster,  
in solidesten Bindungen,  
weiss, creme, elfenbein

Meter 2.50 bis 68 55 45 38

**30** Pf.

Bewährte Qualitäten!

Grösste Sortimente!

Billigste Preise!

## Gardinen

denkbar grösste Sortimente, erstklassige  
Fabrikate, nur moderne Dessins  
Fenster = 2 Schals

25.00 bis 5.75 4.50 3.40

**2.90**

## Rouleau Stoffe

erprobte Qualitäten, glatt, gestreift u. gemus-  
tert, in allen Breiten, weiss, creme, gold,  
80 cm breit

Meter 1.20 bis 90 75 65 55

**44** Pf.

## Moderne Spannstoffe

zur Anfertigung von Stores und  
Garnituren

Meter 3.00 bis 1.60 1.35 1.10 90

**70** Pf.

## Engl. Tüll-Bettdecken

neue Zeichnungen, solide, haltbare Qualitäten

einbettig

Stück 13.50 bis 6.00 4.75 3.50 2.25

**1<sup>90</sup>**

zweibettig

Stück 28.00 bis 8.50 7.00 5.50 4.75

**3<sup>90</sup>**

**Riesenauswahl!**

## Künstler-Gardinen

Saison-Neuheiten — mit und ohne Volant

Garnitur: 2 Schals, 1 Lambrequin

Garnitur 30.00 bis 9.00 7.75 6.50 5.75 4.50 3.75

**3<sup>25</sup>**

## Messing-Garnituren

30 mm starkes Rohr, mit Zubehör

Messing-Garnitur, bestehend aus 1 1/2 m  
Rohr, 30 mm stark, Trägern, End-  
knöpfen, Ringen und Klammern

**2<sup>50</sup>**

**3<sup>00</sup>**

# Siegfried Cohn

Weberei-Waren

Breitewege 58-60.